



# Saar-Freund

Nachrichten  
aus dem  
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet  
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 9  
3. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste Seite 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Str. 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Lützow 3249. — Bezugspreis vierteljährlich M. 6.— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer M. 2.— einschließlich ortsüblichen Teuerungszufchlages.

Berlin  
1. Mai 1922

## Zur Bundestagung in Dortmund.

Ein Jahr der Arbeit zum Besten unserer deutschen Saarheimat steht vor dem Abschluß. Am 6. und 7. Mai werden sich die Vertreter der Organisation Bund „Saar-Verein“ in Dortmund versammeln, um zu beraten, zu berichten, zu kritisieren. Wir wollen uns Rechenschaft geben: haben wir in allen Dingen recht getan mit unserer Arbeit, haben wir sie immer ernst verrichtet, haben wir darin stets an das Endziel gedacht, dem wir dienen? Selbst das wollen wir uns fragen: haben wir immer gewußt, welcher Aufgabe unsere Arbeit gewidmet ist?

Diese Fragen in Dortmund rückhaltlos zu prüfen gilt unsere Bundestagung. Sie soll ernster, fördernder Arbeit gewidmet sein, sie soll die Richtlinien festlegen für unser neues Arbeitsjahr, sie soll unseren kämpfenden Brüdern und Schwestern an der Saar Erleichterungen, Stärkung, neuen Mut, neue Hoffnung und die Gewißheit bringen, daß das unbesezte Deutschland wach und rege im Kampfe für das Recht im Saargebiet ist.

Unsere Bundesarbeit ist keine Vereinsarbeit schlechthin, darf es nicht sein; sie muß sein die Erfüllung einer Ehren- und Dankspflicht. Nicht zur Freude am Vereinsleben wurde sie geboren, sondern zur Steuerung der Not, zur Wahrung des Rechts, zur Deutscherhaltung des Saargebiets.

Kann man solche Arbeit tun, oberflächlich, gleichgültig, ohne inneres Verstehen, ohne Einsetzen der ganzen Kraft und allen Wollens? Niemals; es sei denn, daß man die Bedeutung unserer Saargebietsarbeit nicht erkannt hat, daß man sich nicht vergegenwärtigt, welch' hartes, bitteres Schicksal dem Saargebiet und seinen treuen Bewohnern in Versailles beschieden wurde, daß man nicht versteht was es heißt, einen 15jährigen Abstimmungskampf gegen französische Brutalität und zielbewußten Annektionswillen zu führen, daß man achtlos vorübergehen will an dem Opfermut von 700000 treuen Saardeutschen, die ihr Deutschtum und ihren deutschen Heimatboden in heldenhafter, zäher Weise verteidigen.

Wer es nicht begreifen sollte, um was der Kampf geht, der sollte einen Blick nach Oberschlesien, nach Westpreußen tun. Warum hat man, wenn man im Saargebiet überhaupt eine Abstimmung für notwendig hielt, diese nicht sofort vorgenommen, sie vielmehr erst nach 15 Jahren festgesetzt? In einer französischen Note an den Rat der Vier vom 29. März 1919 heißt es an einer Stelle darüber wörtlich:

„Diese Frist von 15 Jahren ist gerade deshalb vorgesehen, um die Zeit handeln zu lassen.“

Das heißt nach den Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre und nach welcher Auslegungskunst: durch französische Gewaltmaßnahmen auf politischem, wirtschaftlichem, rechtlichem und kulturellem Gebiete hofft man in 15 Jahren im Saargebiet Voraussetzungen geschaffen zu haben, die das Abstimmungsergebnis zugunsten Frankreichs beeinflussen könnten. Im Saargebiet will man die natürlichen Voraussetzungen, die bestehenden Tatsachen korrigieren. Dagegen wendet sich das ganze Saarvolk und unsere Aufgabe, die Aufgabe des ganzen deutschen Volkes und des rechtlich gesinnten Auslandes muß es sein, geschlossen hinter der Saarbevölkerung zu stehen. Wir müssen die Aufklärung im In- und Ausland übernehmen, wir müssen tätig sein und dürfen nie müde werden.

Nicht Feste wollen wir feiern, sondern ernste, sachliche, fördernde Arbeit leisten, Heimatarbeit, Vaterlandsdienst. Kann man bei solcher Arbeit Entschuldigungen vorbringen wollen, daß durch Abhaltungen dieser oder jener Art hingebende Arbeit nicht möglich sei angesichts unserer Frontkämpfer im Saargebiet, angesichts der Not und Gefahr, die dort ersteht, auch uns ersteht? Wir wollen uns unserer Erfolge freuen, gewiß; wir wollen uns aber auch gestehen und sagen, wo wir nicht alles getan haben was wir konnten, was wir mußten.

Unter solchen Gesichtspunkten wollen wir unseren Arbeitsplan für das neue Arbeitsjahr aufstellen zum Besten unserer Saarheimat, zur Stärkung unserer im Abwehrkampf stehenden Brüder und Schwestern, im Interesse unseres Vaterlandes.

Zu solcher Arbeit erwarten wir die Mitarbeiter und Vertreter des Bundes „Saar-Verein“ in Dortmund, zu solcher Arbeit begrüßen wir sie aufs herzlichste und rufen allen zum Willkommen zu: ein saarländisch aufrichtiges „Glück auf!“



## Warum müssen wir „Saar-Vereins“-arbeit tun?

Ein Wort an die Fernstehenden.

Warum wir Saargebietsarbeit tun, tun müssen? Eine merkwürdige, aber eine notwendige Frage. Die Beantwortung dünkt leicht und ist doch nicht ganz einfach. Die kürzeste Antwort wäre: Weil wir als Deutsche die verdamnte Pflicht haben, uns für das gefährdete Saargebiet einzusetzen. Damit allein ist die Frage aber noch nicht geklärt. Wir müssen uns schon, um sie ganz zu erfassen und ganz zu lösen, klar werden, weshalb die Saargebietsarbeit Vaterlandsdienst und Ehrenpflicht jedes Deutschen sein sollte und müßte.

Woraus ergibt sich diese Pflicht?

Eine infame französische Lüge hat die Saarbedenbestimmungen im Versailler Diktat geschaffen. Im Rat der Vier, der dieses Diktat schuf, war nur einer, der genau über die Verhältnisse des Saargebiets unterrichtet war, der den Kohlenreichtum des Landes kannte, die Bedeutung der Saarindustrie einzuschätzen wußte, der sich über den deutschen Charakter des Landes völlig klar war, dessen Ziel aber auch klar vor seinen Augen stand: Das Saargebiet muß französisch werden! Das war Clemenceau. Er hat, nachdem ihm dennoch die glatte Annexion des Landes nicht glückte, den Text der Saarbedenbestimmungen verfaßt und einen Geist hineingelegt, den die anderen nicht erkannten, der sich heute aber allmählich für das Saargebiet verhängnisvoll auswirkt.

Diesem bösen Geist gilt der Kampf der Saarbevölkerung, gegen ihn richtet sich unsere Arbeit, nachdem die Saarbedenbestimmungen zwar das Saargebiet als deutsches Gebiet anerkennen, den deutschen Behörden aber jegliche Tätigkeit dort untersagen, ihnen auch untersagen, sich der Interessen ihrer dortigen Staatsangehörigen anzunehmen. Daß es der jeglicher Rechte beraubten Bevölkerung an der Saar unmöglich ist, sich gegen die Brutalitäten und Gewaltakte der französischen Politik an der Saar durchzusetzen, daß es ihr unmöglich ist, gegen das autokratische Regime der Regierungskommission mit Erfolg anzukämpfen, haben uns die zwei vergangenen Jahre gezeigt. Jeder Protest, jede Forderung, jeder Notschrei des vergewaltigten Saarlovolkes mußte angesichts einer an Unverschämtheit grenzenden Berichterstattung der Regierungskommission und einer widerlichen Lügenpropaganda der französischen Presse und Propagandaorganisation wirkungslos verhallen, wenn sich nicht das deutsche Volk und alle in Frage kommenden Organisationen und Vereinigungen gemeinsam mit der gesamten deutschen Presse ohne Unterschied der Partei des unbefestigten Deutschland dieser Angelegenheit annehmen würden. Das deutsche Volk muß die Aufgabe übernehmen, die das Versailler Diktat der deutschen Regierung hinsichtlich des Saargebiets verwehrt.

Bei der leider im deutschen Volk bestehenden Teilnahmslosigkeit für alle Grenzgebietsfragen mußte aber eine private Organisation geschaffen werden, die allmählich dieses Interesse weckt, die Vorgänge im Saargebiet verfolgt und auf Grund dieser Beobachtungen die Richtlinien festlegt, nach denen die Saargebietsarbeit zu leisten ist. Diese Organisation ist der Bund „Saar-Verein“, der sich mit seinen mehr als 70 Ortsgruppen, zahlreichen körperschaftlichen und Einzelmitgliedern über das ganze unbefestigte Deutschland erstreckt und allmählich auch unter den Deutschen im Ausland langsam Fuß faßt.

Daß diese Arbeit nicht umsonst war, hat das steigende Interesse des deutschen Volkes, der deutschen und der Auslandsprelle an den Vorgängen im Saargebiet, haben die Saarinterpellationen und Debatten im Deutschen Reichstag,

im preußischen und bayerischen Landtag bewiesen. Wir wissen es, der „Saar-Vereins“-Arbeit sind Gegner erstanden, Gegner, die immer noch nicht begriffen haben, daß deutsche Grenzlands-Arbeit frei sein muß von jeder parteipolitischen Tendenz; in dieser Arbeit müssen sich alle politischen Parteien, alle wirtschaftlichen und sozialen Organisationen, alle Volkstriebe zusammenfinden. Das beste Beispiel hierfür geben uns die politischen Parteien des Saargebiets, die bei aller grundsätzlichen Wahrung ihres parteipolitischen Standpunktes in Saargebietsfragen ohne Unterschied Hand in Hand arbeiten. Sie müssen uns Vorbild sein.

Auch die Organisation Bund „Saar-Verein“ hat von Anfang an nach diesem Gesichtspunkt gearbeitet und wird sich von diesem Wege auch nicht abbringen lassen; nur dann ist es möglich, die Aufgaben zu erfüllen. Und wer behauptet, seine Arbeit wäre überflüssig, behauptet das nicht aus sachlichen Erwägungen heraus, sondern aus Unkenntnis oder aus Nebenabsichten. Im Saargebiet wie im übrigen Deutschland und auch in Frankreich ist man sich darüber einig, daß die Saar-Interpellationen in den deutschen Parlamenten, daß die hervorragenden Reden des preußischen Ministerpräsidenten Braun und des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld einen tiefen Eindruck hinterlassen haben. Wer die Tätigkeit unseres Bundes für überflüssig erklärt, erklärt gleichzeitig, daß die Saardebatten in den deutschen Parlamenten, daß die eindrucksvollen Ausführungen des preußischen und des bayerischen Ministerpräsidenten überflüssig waren. Denn diese Interpellationen und ihre Beantwortung liegen durchaus in der gleichen Richtung der „Saar-Vereins“-Arbeit und deshalb müssen wir sie treuer, zäher, pflichteifriger noch als bisher betreiben.

Und hierzu werden wir uns neue Anregungen, neuen Mut und neue Kräfte auf unserer Bundestagung in Dortmund (6. und 7. Mai) holen und die Mahnung erneuern:

Bergeht das deutsche Saarland nicht,

Bergeht nicht Saarlands Söhne!

## Den Deutschen in den abgetrennten Gebieten.

### Seid still und stark.

Euch traf das schwerste Los . . . Gesund und frei  
Schlug man in Fesseln Euch und lacht voll Hohn . . .  
Doch — tragt das Haupt, als ob das gar nichts sei,  
Sprecht nur von Deutschland, Eurem jüngsten Sohn . . .  
Beißt Euch die Lippe, zittert Euch die Hand,  
Seid still und stark und denkt ans deutsche Land! . . .

Ihr seid vom Land ein Tropfen Blut,  
Der heiß durch Eure Adern wallt . . .  
Stählt Eure Kraft! Wahrt Eure Glut,  
Und horcht, wenn Deutsch ein Laut erschallt . . .  
Fliegt Euch der Atem, zuckt Euch schon die Hand,  
Seid still und stark und träumt vom deutschen Land! . . .

Denkt — alles fliehet . . . und Eure Schmach  
Ist Welle nur im Zeitenmeer.  
Doch seid lebendig! Liegt nicht brach!  
Streut deutschen Samen rings umher! . . .  
Brennt Euch das Herz, ballt sich zur Faust die Hand,  
Seid still und stark und heiligt deutsches Land! . . .

M. Hinz.

(Aus „Danziger Heimatwarte“.)

### Heimat.

Von Christoph Martin Wieland.

Du kleiner Ort, wo ich das erste Licht gesogen,  
den ersten Schmerz, die erste Lust empfand,  
sei immer unscheinbar, unbekannt,  
mein Herz bleibt doch vor allem dir gewogen,  
fühlt überall zu dir sich hingezogen,  
fühlt selbst im Paradies  
sich doch aus dir verbannt.



# Völkerbundsdemokratie.

Der Einheitswille des Saargebiets — ein Nichts!

In unserer letzten Nummer haben wir die wesentlichen Bestimmungen der Verordnung der Saarregierungscommission über die Errichtung eines Scheinparlaments in Gestalt eines „Landesrats“ und eines „Studienausschusses“ mitgeteilt. Wir haben diese Bestimmungen als das gekennzeichnet, was sie sind: eine weitere Beschränkung der wenig verbliebenen Rechte der Bevölkerung. Aber die Saarbevölkerung hat gezeigt, daß sie derartige Provokationen nicht stillschweigend hinnimmt. Die Regierungskommission hat mit dieser französischen Politik einen Erfolg herbeigeführt, den sie zwar nicht beabsichtigt, der aber schneller sich einstellte, als man erwarten konnte, nämlich die Ausrichtung einer Einheitsfront aller Parteien und wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen vom äußersten rechten bis zum äußersten linken Flügel! Dabei hat es nichts zu sagen, daß auf der einen Seite Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten zusammengehen und auf der anderen Seite sämtliche nichtsozialistischen Parteien, so ist das Endziel daselbe: Entschlossener Widerstand bis zum Neuesten gegen die andauernde anmaßende Provokation der Saarbevölkerung durch die Regierungskommission, die ihren vorläufigen Abschluß durch die Verordnung über die Errichtung eines Landesrates und Studienausschusses fand.

Was französische Saarregierungscommission und Bergwerksdirektion, Eisenbahnverwaltung und französische, in dem Dienst des politischen Frankreichs stehende Schwerindustrie, politischer Propagandadienst in langer kostspieliger Arbeit glaubten aufgebaut zu haben, es ging elend, ganz elend über Nacht in die Binsen. Was nützt es, daß man auf französischer Seite noch versucht, sich hinter einige, schon lange von der Beamtenschaft und auch der Arbeitermasse im Saargebiet erkannte, sich nach außen hin noch zur U. S. V. D. bekennende Führer steckt, um die Einheitsfront kaputt zu schlagen. Alle Liebesmühe ist vergebens. Was hat es politisch dem französischen Interesse geholfen, daß die Schwerindustrie unter großen Zubußen und die Bergverwaltung unter Verlust ihrer Abgabengebiete, der Arbeiterschaft den Franken aufgetrocknet, wo es sich jetzt zeigt, daß die Arbeiterschaft noch eben so treu deutsch ist, wie sie es immer war und bleiben wird. Das Volksempfinden läßt sich auf die Dauer nicht fälschen.

Möchte vielleicht auch der wirtschaftliche Vorteil, der aus dem Blute der übrigen Volksgenossen an der Saar herausgeholt wird, auch den einen oder andern Stand vorübergehend über die wahren Absichten der politischen Drahtzieher an der Saar hinwegtäuscht haben, die Binde ist jetzt gefallen. Mit brutaler Deutlichkeit steht der gesamten Saarbevölkerung das französische Ziel vor Augen. Ein leider Gottes haßerfülltes Frankreich, das den „Saarboches“ ebenso verachtet als wie jeden anderen Deutschen, will die Bewohner des Saargebiets so verblöden und verdummen, daß diese Bevölkerung, die geistig weit über den Durchschnitt der Angehörigen der „Grande-Nation“ steht, in 15 Jahren nicht mehr wissen soll, daß sie Deutsche sind.

Dieses Spiel hat die Bevölkerung durchschaut.

In eindrucksvollen Entschliefungen haben sich die Linksparteien als auch die nichtsozialistischen Parteien gegen den von der Regierungskommission veröffentlichten Entwurf eines Landesrates gewandt.

Dasselbe geschah seitens sämtlicher gewerkschaftlicher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen aller Richtungen. Seitens des D. G. B. (christlich-nationale Verbände) wurde noch ein besonderer Aufruf erlassen.

Klar und eindeutig wird hier der französischen, dem Völkerbund wiederholt falsch berichtenden Regierungskommission der Wille der Bevölkerung mitgeteilt. Dieses erhebende Bild wird auch nicht dadurch gestört, daß die „freie“ Beamtenschaft des Saargebietes, ebenso die Haus- und Grundbesitzervereine des Saargebietes unter der Führung Schmoll-Weszkalns erklärten, „unter allen Umständen sich an der Wahl zu beteiligen“.

Der entschlossene Wille der gesamten anständigen Saarbevölkerung wird diese wenigen Einspänner von der Bildfläche weglegen, auf der sie ohnehin keine allzuschöne Rolle spielen.

Nun hat der Völkerbund das Wort.

Entweder hört er auf die berechtigten Forderungen der Saarbevölkerung oder der Gedanke des Völkerbundes, seine hohen Ziele, tragen den Stempel der Unwahrhaftigkeit.

Die Hauptentschliefungen haben folgenden Wortlaut:

## An die werktätige Bevölkerung des Saargebiets!

Die Regierungskommission hat eine Verordnung über die Einführung eines Saarparlaments erlassen. Damit haben sowohl der Völkerbund als auch die Regierungskommission zugegeben, daß die Errichtung eines Saarparlamentes mit den diesbezüglichen Bestimmungen des Friedens-

vertrages vereinbar ist. Die Verordnung beseitigt jedoch in keiner Weise die bisherige politische Unterdrückung der Bevölkerung des Saargebiets. Sie ist das Produkt einer eigenmächtigen, diktatorischen Entscheidung der Regierungskommission. Ohne die Gemeinde- und Kreisvertretungen zu hören, wie es der Friedensvertrag vorschreibt, wurde über das politische Wohl und Wehe der Saarbevölkerung entschieden.

Die Bestimmungen über die Wahl und die Befugnisse des Landesrates entsprechen in keiner Weise den Forderungen der Saarbevölkerung auf eine wirkliche Volksvertretung. Er soll nach der Verordnung nur ein Begutachtungs-, aber kein Mitbestimmungsrecht haben.

Die Beschränkung des Wahlrechts auf solche Personen, die die Eigenschaft als Saareinwohner besitzen und der Wählbarkeit auf Persönlichkeiten, die dem Saargebiet entstammen, entrechtet große Teile der Saarbevölkerung.

Die Ernennung des Präsidenten, die Festsetzung der Tagesordnung durch die Regierungskommission, die Beschränkung auf eine bloße „Kenntnisnahme“ des Haushaltsplanes, die Nichtimmunität der Abgeordneten, das Recht der Regierungskommission, sich durch Staatskommissare vertreten zu lassen, und über die Einberufung nach ihrem Gutdünken zu entscheiden, müssen den Landesrat zur vollkommenen Bedeutungslosigkeit und politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht verdammen.

Der Studienrat, als ernannte Kammer, die ihr Begutachtungsrecht nur nach Aufforderung der Regierungskommission ausüben darf, ist eine völlig überflüssige Einrichtung, die ebenfalls zur Verfälschung der Meinung der werktätigen Massen des Saargebiets dient. Die Bevölkerung kann in einer solchen Institution nur ein willkürliches, kritikloses Werkzeug der Regierungskommission erblicken, das mit einer gerechten Interessenvertretung der Bevölkerung nichts gemein hat.

Die unterzeichneten Organisationen müssen daher gegen eine derartige Parlamentsverordnung, die in Wirklichkeit eine Parlamentskomödie und Parlamentslüge ist, den allerhöchsten Protest erheben. Sie lehnen es ab, durch eine Anerkennung dieser Verordnung die fortdauernde Entrechtung der werktätigen Bevölkerung zu sanktionieren und die Verantwortung für alle zukünftigen einseitigen Regierungsmassnahmen dadurch zu übernehmen. Daß diese Befürchtungen berechtigt sind, beweist beispielsweise die letzte Verordnung der Regierungskommission über den direkten Steuerabzug, die wichtige Lebensinteressen der Saararbeiterschaft außeracht läßt.

Die unterzeichneten Organisationen stellen folgende

## Mindestforderungen

auf:

1. Freies Wahlrecht und freie Wählbarkeit für alle, die nach der Wahlordnung der Regierungskommission für die Kreistage und Gemeindeparlamente wahlberechtigt und wählbar sind.
2. Mitbestimmungsrecht des Landesrates bei der Gesetzgebung und Etatsbewilligung, wobei, um den Bestimmungen des Friedensvertrages zu entsprechen, in allen Fällen, über die keine Einigung erzielt werden kann, die Entscheidung des Völkerbundes angerufen werden soll.
3. Völlige Freiheit für den Landesrat in der Führung seiner Geschäfte und Selbstwahl seines Präsidenten.
4. Gesetzliche Immunität der Abgeordneten.
5. Erweiterung des Landesrats dadurch, daß auf je 10 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt.
6. Beseitigung des Studienrats, der durch die aus Mitgliebern des Landesrates zusammenzusetzenden Sachverständigenausschüsse überflüssig wird.

Die unterzeichneten Organisationen werden im Falle der Nichterfüllung ihrer Forderungen Mittel und Wege zum wirksamen Protest der Massen der Saarbevölkerung gegen ihre politische Entrechtung ergreifen.

Sie sind nicht gewillt, durch stillschweigende Duldung sich zu Mitschuldigen an einer Verewigung der politischen und wirtschaftlichen Rechtlosigkeit der Saarbevölkerung zu machen.

Sie fordern die Massen der Hand- und Kopfarbeiter des Saargebiets auf, zu der Saarparlamentsverordnung unverzüglich Stellung zu nehmen und ihre Stellung zu derselben offen und unabweisend zum Ausdruck zu bringen.



Die Parole muß lauten: Schärfsten Protest gegen ein System der Autokratie und politischen Entrechtung!

Für die Sozialdemokratische Partei, Lehmann. Für die Kommunistische Partei des Saargebiets, W. Walz. Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Herm. Müller. Für die freien Gewerkschaften (A. D. G. B.), Kimmrich.

#### An die gesamte Saarbevölkerung!

Die von der Bevölkerung heiß ersehnte und von den politischen Parteien längst und nachdrücklich verlangte Verordnung über die Bildung einer Volksvertretung liegt vor. Selten ist ein Volk so enttäuscht worden. Gegen diese Verordnung der Regierungskommission protestieren die unterzeichneten politischen Parteien auf das Schärfste, weil die dadurch einem Kulturvolk gebotene politische Entrechtung unerträglich ist.

Der demokratischen Freiheit widersprechen die Bestimmungen der Verordnung: Der Landesrat hat in der Wahrnehmung der ureigensten Angelegenheiten der Bevölkerung lediglich eine beratende Stimme; er kann den fertigen Haushaltsplan nur zur Kenntnis nehmen; die Regierungskommission allein ernannt den Vorsitzenden des Landesrats und bevormundet so in entwürdigender Weise den letzteren. Der Regierungskommission steht allein das Recht der Einberufung zu; sie allein legt die Tagesordnung fest und nimmt somit dem Landesrat das Recht der Initiativanträge, der Interpellationen und das Petitionsrecht; den Abgeordneten ist die sonst selbstverständliche Immunität vorenthalten. Auf diese Weise wird der Landesrat zur vollständigen Bedeutungslosigkeit verurteilt. Während bisher die Kreis- und Bezirkstage und die Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken, deren Mitglieder bis jetzt als „gewählte Vertreter“ gelten, das Recht des freien Zutritts, der freien Rede, der Stellung des Vorsitzenden, der Festlegung der Tagesordnung, der Stellung von Initiativanträgen, das Beschwerde- und Petitionsrecht hatten, sind diese Rechte dem Landesrat verweigert. Unsere politischen Rechte sind also noch vielmehr eingeschränkt, als es bislang der Fall war. Die Beschränkung der Wählbarkeit auf Personen, die aus dem Saargebiet stammen, widerspricht dem Friedensvertrag und entrechtet sehr große Teile der Bevölkerung.

Die Forderung, die wir in bezug auf die Volksvertretung oft ausgesprochen haben, fußt auf einer gerechten und billigen Auslegung des Friedensvertrages. Unseren mehr denn je entschlossenen Willen, unsere natürlichen Menschenrechte zu verteidigen, kann auch die Tatsache nicht beugen, daß die Regierungskommission sich unseren Forderungen widersetzt.

Soll die Regierungskommission mit Hilfe der Volksvertretung das ihr im Friedensvertrag ausdrücklich auferlegte Ziel: Die Wahrung der Rechte und der Wohlfahrt der Saarbevölkerung, erreichen, so müssen für die Volksvertretung folgende Forderungen erfüllt werden:

1. Freies Wahlrecht für alle 20jährigen, die den in der Wahlordnung vom 29. 4. 1920, § 3, aufgestellten Bedingungen entsprechen und freie Wählbarkeit für dieselben Personen, sofern sie das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben.
2. Mitbestimmungsrecht der Volksvertretung bei der Gesetzgebung und Etatbewilligung, wobei, um den Bestimmungen des Friedensvertrages zu entsprechen, in allen Fällen, in denen keine Einigung zwischen Regierungskommission und Landesrat erzielt werden kann, die Entscheidung beim Völkerbund liegen muß.
3. Völlige Freiheit für den Landesrat in der Führung seiner Geschäfte und Selbstwahl seines Präsidenten.
4. Gesetzliche Immunität der Abgeordneten.
5. Vermehrung der Zahl der Abgeordneten.
6. Ersetzung des Studienausschusses durch gewählte wirtschaftliche Sachausschüsse.

Wir sind gewiß, daß alle Bewohner des Saargebietes an der Erreichung dieser Ziele tatkräftig und entschlossen mitarbeiten werden.

Deutschdemokratische Partei, gez. Dr. Scheuer. Deutschnationale Volkspartei, gez. Heyne. Liberale Volkspartei, gez. Schmelzer. Zentrumspartei, gez. Dr. Jordans.

Diesen Entschlieungen haben sich mit entsprechenden Aufrufen angeschlossen der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa-Bund), der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften, der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften, der Allgemeine Eisenbahner-Verband und die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine.

Gegenüber diesen durchaus berechtigten Forderungen erläßt die Regierungskommission folgende

#### autokratische Erklärung:

An die Bewohner des Saargebietes!

Der Regierungskommission ist durch die Presse bekannt geworden, daß die politischen Parteien und verschiedenen Berufs-

organisationen Protestkundgebungen veranstalten gegen die Verordnung vom 24. März 1922, welche die Errichtung eines Landesrates und eines Studienausschusses zum Gegenstand hat.

Die Regierungskommission hält es für ihre Pflicht, zur Aufklärung der öffentlichen Meinung, zur Vermeidung zweckloser Beunruhigung und zur Feststellung der in Frage kommenden Verantwortung folgende Erklärung abzugeben:

Die Regierungskommission erstrebt, wie sie des öfteren betont hat, ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Bevölkerung. Die Bedingungen und Grenzen dieser gemeinsamen Betätigung sind jedoch durch den Friedensvertrag von Versailles festgelegt.

Im Hinblick auf die Verantwortung der Regierungskommission für die Ausführung des Friedensvertrages im Saargebiet ist es ihre erste Pflicht, den Friedensvertrag zu achten und ihm Achtung zu verschaffen. — Als sie die Verordnung vom 24. März 1922 erließ, suchte sie durch die gleichzeitige Errichtung eines Landesrates und eines Studienausschusses der Bevölkerung eine möglichst weite und von gegenseitigem Vertrauen getragene Mitarbeit an den öffentlichen Angelegenheiten zu sichern. Weiter konnte sie nicht gehen, ohne die Bestimmungen des Friedensvertrages zu verletzen. Die Verordnung vom 24. März kann daher nicht geändert werden.

Die Verordnung ist zudem dem Räte des Völkerbundes vorgelegt worden, der sie in seiner Sitzung vom 26. März ds. Js. einstimmig genehmigt und der Regierungskommission seine Glückwünsche zu ihrem liberalen Vorgehen übermittelt hat.

Bei dieser Gelegenheit hat der Rat des Völkerbundes ausdrücklich daran erinnert, welchen Beschränkungen die Zuständigkeit des Landesrates unterliegen muß mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Friedensvertrages.

Die Regierungskommission, die im Saargebiet den Rat des Völkerbundes vertritt, ist daher eng daran gebunden, die Befugnisse, die ihr der Friedensvertrag übertragen hat, unverfehrt zu bewahren. Diese Pflicht wird sie nicht verletzen.

Es ist ihr wohl bekannt, daß der Protest der politischen Parteien gegen die Verordnung vom 24. 3. 1922 unter anderem auch gegen die Bestimmung sich richtet, welche die Wählbarkeit den Personen vorbehält, die im Saargebiet wohnen und aus dem Saargebiet stammen.

Die Regierungskommission erklärt hierzu, daß die Anordnung von ihr in der Absicht getroffen wurde, die Interessen zu wahren der Einwohner des Saargebiets, denen die gute Verwaltung des Landes zumeist am Herzen liegt, nämlich derjenigen, die durch Geburt und Familienüberlieferung mit dem Lande verknüpft sind. Es entspricht dies der Vorschrift des Friedensvertrages, derzufolge das saarländische Mitglied der Regierungskommission im Saargebiet wohnen und aus dem Saargebiet stammen muß. Die Regierungskommission ist überzeugt, durch diese Maßnahme dem Geist des Friedensvertrages entsprochen und den ständigen Interessen der Bevölkerung gedient zu haben.

Die Regierungskommission wird daher die Verordnung vom 24. 3. 1922 nicht ändern, was auch versucht werden sollte, um einen Druck auf sie auszuüben. Sie betont nochmals ihren Willen, die Verordnung in freierlichem Sinne zur Ausführung zu bringen. Sie wendet sich an alle die, denen unter Achtung der Verhältnisse, die durch den Friedensvertrag geschaffen sind, die Ruhe und das Wohlergehen des Landes am Herzen liegt, und ruft sie zur Mitarbeit auf.

Saarbrücken, den 21. April 1922.

Im Namen der Regierungskommission.

Der Präsident: gez.: B. Raut, Staatsrat.

#### Das Presse-Echo.

Wie die Saarpresse mitteilt, wurde die Erklärung der Regierungskommission durch Flugblätter im ganzen Saargebiet verbreitet, darunter ein Flugblatt auch in französischem Text. Die „Saarbrücker Zeitung“ fragt angesichts dieser Tatsache: Wer bezahlt das?

Im übrigen weist die gesamte Presse des Saargebiets mit Ausnahme der in französischem Solde stehenden die Erklärungen der Regierungskommission zurück. Die „Saarbrücker Zeitung“ z. B. schreibt u. a.:

Das Mißtrauen, das die gesamte Bevölkerung des Saargebiets heute für die Regierungskommission hegt, ist durch redlichstes Bemühen verdient. In unserer Brust tragen wir anscheinend ein anderes Gesetz als sie in der ihren. Wir wollen nichts als die einfachsten Menschengrundrechte, von deren dauernder Betonung die Welt heute übertriebt. Und wir haben uns in unseren Wünschen durchaus nicht etwa so benommen, daß durch ihre Erfüllung etwa die Welt (lies: der Versailler Vertrag, soweit er uns betrifft) in Stücke ginge. Wir haben uns auf den Boden der Tatsachen gestellt und haben nur verlangt, daß man uns auf diesem Boden die Mindestrechte einer zur Kulturwelt gehörenden Bevölkerung zubillige. Die Regierungskommission des Saargebiets gibt die Antwort! —



Und die Saarbrücker „Volksstimme“ sagt bereits in ihrem Osterartikel unmißverständlich:

Osterwünsche, wie sonst üblich, ersparen wir uns als Volk daher in diesem mehr denn je leidvollen Jahr. Warum? Weil all unser Hoffen, Sehnen, Wünschen sichtlich mit Füßen getreten wurde und wird, weil wir wissen, daß unsere bisher vorgebrachten Wünsche ins Gegenteil verkehrt wurden von denen, die über unser Geschick als Volk zurzeit bestimmen. Also keine Wünsche mehr. Forderungen sind, die wir nur mehr stellen wollen, Forderungen, so laut und eindringlich, daß man sie hören muß und hören wird. Wir werden nicht mehr locker lassen und werden jede Gelegenheit benutzen, unsere Menschheits- und Volksforderungen laut hinauszuerschreien in die ganze Welt — bis man uns hört, nicht nur in der Alleestraße, auch in Genf, Genua und wo es sonst sein mag.

Und in einer anderen Bemerkung zu der jüngsten „Erklärung“ der Regierungskommission heißt es u. a.: Das Volk wird antworten.



Obwohl die gesamte Saarbevölkerung durch die politischen Parteien vom äußersten linken bis zum äußersten rechten Flügel und sämtliche wirtschaftliche und gewerkschaftliche Organisationen einmütig gegen die Verordnung auf Errichtung eines Landesrates und eines Studienausschusses als Ersatz für die geforderte saarländische Volksvertretung sich gewandt hat, hat die Regierungskommission unter Nichtachtung dieser Forderungen durch einen Erlass vom 21. April die Aufstellung der Wählerlisten für die Wahlen zum Landesrat angeordnet. Ueber die Durchführung der Wahlen werden besondere Vorschriften erlassen.

Die Sozialdemokratische Partei erläßt an ihre Parteigenossen eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

So einstimmig, wie man in Genf der Landesratsvorlage zustimmte, ebenso einstimmig lehnt man sie im Saargebiet ab. Die Schamlosigkeit erreicht mit diesem Angebot den Gipfel. Wir wären in der Tat nicht wert, eine bessere Regierung zu haben, wenn wir auf diesen Handel eingingen. Das Proletariat des Saargebietes bedankt sich dafür, an seiner eigenen Kastrierung mitzuhelfen und dieser volksfeindlichen Regierungskommission eine scheinbar demokratische Larve vorzubinden, während sich hinter derselben der brutalste Absolutismus versteckt.

An dem Frieden, den die Regierungskommission mit ihrem famosen „Landesrat“ dem Saargebiet bringt, wird sie wenig Freude finden. Die Bevölkerung darf nur nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Es geht um ihre elementarsten Rechte. Wenn die Herren in der Alleestraße glauben, einen Teil des Volkes gegen den anderen ausspielen zu können, so werden sie sich — wenigstens in diesem Falle — damit gründlich verpekulieren. Sie hat die ganze Bevölkerung zu einem Block zusammengeschweißt.

Die Sozialdemokratische Partei wird den der Bevölkerung zugedachten Schimpf mit allen Mitteln bekämpfen. Sie wendet sich an alle die, welche unter dem bisherigen autokratischen Druck noch nicht zu willenlosen Heloten herabgesunken sind; sie wendet sich an alle, die noch ein Gefühl für Freiheit, wirkliche Demokratie und Volksrechte haben; an alle, denen das wirtschaftliche und politische Wohlergehen des Gebietes und seiner Bevölkerung am Herzen liegt, und ruft sie zur einmütigen Abwehr auf.

Saarbevölkerung! Auf zum Kampf für deine Rechte!

## Eine neue Denkschrift

der politischen Parteien des Saargebietes an den Völkerbund.

Die politischen Parteien des Saargebietes, die Deutsche demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei, die Liberale Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei und die Zentrumspartei haben erneut eine Denkschrift an den Völkerbund gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

„Die von der Bevölkerung des Saargebietes längst gewonnene Ueberzeugung, daß die Politik Ihrer Regierungskommission vorzugsweise französischen Interessen dienstbar sei, hat im letzten periodischen Bericht der Regierungskommission an den Völkerbundsrat vom 3. 1. 1922 eine volle Bestätigung erfahren. In ihm stellt sie angeblich zum Zwecke einer unbeeinflussten Volksabstimmung im Jahre 1935 als das alles beherrschende Prinzip ihrer Politik die vollständige Loslösung des Saargebietes vom Deutschen Reich hin. Sie läßt dadurch erkennen, daß sie über die leider unvermeidliche Notwendigkeit der administrativen Trennung hinaus auch die kulturelle und wirtschaftliche Loslösung durch den Friedensvertrag von Versailles als gegeben erachtet. Damit sind der Bevölkerung die letzten Zweifel geschwunden über die wahren Beweggründe

der Politik der Ausweisung Mißliebiger,  
der Versuche, die Wiederzulassung der Ausgewiesenen von einer Begnadigung durch den Präsidenten nicht etwa des Völkerbundes, sondern der französischen Politik abhängig zu machen,  
der Schaffung und Förderung eines weitverzweigten Spionage- und Spindelwesens,  
der allgemeinen Bevorzugung der Franzosen in unserem rein deutschen Lande,  
der Uebertragung der wichtigsten Ämter der Zentralverwaltung an Franzosen,  
der Beibehaltung der französischen Garnison im Gegensatz zum Friedensvertrag (nach dem Budget der französischen Armee 7500 Mann),  
der systematischen Verdrängung der deutschen Reichsmark durch den französischen Frank,  
der Begünstigung der Franzosen bei der Zuteilung von Wohnungen,  
der Förderung des französischen Sprachunterrichts in den Volksschulen,  
der Begünstigung rein französischer Schulen,  
der Paßverweigerung für Arbeiterführer und namhafte Vertreter von Kunst und Wissenschaft aus Deutschland,  
des Paßzwanges gegenüber Deutschland,  
der Schaffung des Begriffes „Saareinwohner“ und von anderem mehr.

Für das erstrebte Ziel der Französisierung des Saargebietes sind alle diese Versuche aussichtslos, aber sie vergiften das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der Regierungskommission.

Die Losrennung des Saargebietes von deutscher Kultur und Wirtschaft hat mit der ehrlichen Durchführung der Abstimmung im Jahre 1935 nichts zu tun. Diese Abstimmung ist weder mit dem Geiste noch mit dem Wortlaut des Friedensvertrages vereinbar.

Wirtschaftlich hat das Saarstatut ausdrücklich für die Dauer der 15 Jahre bis zur Entscheidung über das Schicksal der Saarbevölkerung die Verbindung mit dem Deutschen Reich durch das Verbot von Ausfuhrzöllen gesichert. Dieses Verbot hat die Regierungskommission mißachtet, indem sie den Frankenumlauf, der als denkbar schärfster Ausfuhrzoll wirkt, mit allen Mitteln erweiterte. Dazu hat sie die Saarbevölkerung sogar den französischen Ein- und Ausfuhrverboten unterworfen.

Ebenso wenig finden die Bestrebungen auf kulturelle Loslösung vom Deutschen Reich irgendeine Grundlage im Friedensvertrag. Den besten Beweis hierfür liefert die Entstehungsgeschichte des Saarstatuts. Nach André Tardieu „La Paix“ wurde eine Sonderregelung für das Saargebiet getroffen, um Frankreich die ungehörte Ausbeutung der Kohlengruben zu sichern. Die Ausbeutung geschieht durch landeingelegene deutsche Arbeiter. Diese verlangen mit Recht die Beibehaltung der bestehenden und die Einführung der neuen deutschen Gesetze, wie z. B. des Betriebsrätegesetzes. Die Regierungskommission verweigert dies. Dagegen ändert sie die Gesetze gegen den klar ausgesprochenen Willen der Bevölkerung.

Die Gestaltung des Saarstatuts wurde leider beeinflusst durch die Behauptung des Herrn Clemenceau, im Saargebiet gäbe es mindestens 150 000 Franzosen. (Siehe André Tardieu „La Paix“.) Diese Behauptung ist eine der größten Lügen, die jemals ausgesprochen wurde.

Wir sind seit über 1000 Jahre Deutsche, und wir bleiben Deutsche. Wir wehren uns gegen alle von der Regierungskommission betriebenen und von ihr begünstigten Französisierungsbestrebungen. Die Welt kann und wird nicht dulden, daß 700 000 Menschen vergewaltigt werden.

Der deutsche Charakter unserer Volksschulen muß unter allen Umständen rein erhalten werden. So schreibt es der Friedensvertrag im § 28 des Saarstatuts vor. Die Verordnung der Regierungskommission vom 10. Juli 1920 gestattet es deutschen Kindern, in den rein französischen Schulen ihrer Schulpflicht zu genügen. Diese Bestimmung widerspricht dem Friedensvertrag und muß daher aufgehoben werden. Die französischen Schulen, die die französische Grubenverwaltung gemäß § 14 des Saarstatuts errichten darf, sind nur für die hier weilenden französischen Kinder bestimmt. Derartige Schulen werden aber auch gegen den Willen der Bevölkerung an Orten eröffnet, an denen diese Voraussetzungen nicht zutreffen. Der Widerspruch gegen die verordnete Einführung des freiwilligen französischen Sprachunterrichtes an den Volksschulen gründet sich darauf, daß in ihm, wie wir befürchten, französische Propaganda



getrieben werden kann und wird. Die Teilnahme an ihm wird die französische Propaganda zu einem Argument für die Hinneigung zu Frankreich gestalten.

Die einflussreichsten Stellen der Zentralverwaltung des Saargebietes sind mit Franzosen besetzt. Das ist unerträglich. Nur Männern, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen, dürfen sie anvertraut werden. Erst dann kann von einer neutralen Verwaltung gesprochen werden. Die Bevölkerung nimmt es auch nicht hin, daß tüchtige Beamte wegen ihrer aufrichtigen deutschen Gesinnung ihres Amtes enthoben werden, wie dies noch in der letzten Zeit unter Angabe nichtiger Gründe geschehen ist.

Die Saarbevölkerung verlangt, daß die Regierungskommission die Wohnungspolitik endlich so gestaltet, wie es der Gerechtigkeit und den Wünschen der Bevölkerung entspricht. Heute noch werden Franzosen vor den eingewanderten Bewohnern bevorzugt.

Erneut erheben wir die Forderung auf Entfernung des französischen Militärs. Dessen Anwesenheit steht im Widerspruch mit dem Friedensvertrag. Hören die Franzosifizierungsbestrebungen auf und verläßt die Regierungskommission ihren absolutistischen Standpunkt, so wird sie von selber zu der Einsicht gelangen, daß das französische Militär überflüssig ist.

Wir bestehen auf Beseitigung der von der Bevölkerung als widerlich empfundenen Spioniererei, die die Regierungskommission duldet und fördert. Ein derartiges System, das einem Zeitalter der Despotie entspricht, ist nur die logische Ergänzung einer Gewaltpolitik, wie sie die Regierungskommission betreibt.

Die Verordnung über den Begriff „Saareinwohner“ gefährdet unsere Rechte. Sie ist nicht vereinbar mit dem im Friedensvertrag festgelegten Grundsatz der bedingten Unantastbarkeit unserer deutschen Staatsangehörigkeit.

Besonders unerträglich ist für uns die Bestimmung der Verordnung, daß ein im Saargebiet seit langem Eingewandener seine Heimatberechtigung verliert, wenn er auch nur ein Jahr außerhalb der Grenzen des Saargebietes gewohnt hat.

Demokratische Freiheit erhofft die Saarbevölkerung vom Völkerbund. Sie kann nur gesichert werden durch die Schaffung einer Volksvertretung zur Sicherung der Selbstverwaltung der Bevölkerung. Alle von der Regierungskommission dagegen versuchten Einwendungen sind unzutreffend. Besonders unhaltbar ist die Behauptung, daß der Schaffung einer demokratischen Volksvertretung der Charakter des Saargebietes als eines Abstimmungsgebietes im Wege stehe. Die öffentliche Meinung der Welt kann und wird es nicht dulden, daß der einzigen dem Völkerbunde direkt anvertrauten Bevölkerung die elementarsten Grundrechte vorenthalten werden und sie nach den absolutistischen Methoden des Mittelalters verwaltet wird.

Die in den letzten Tagen von der Regierungskommission verordnete Schaffung eines Landesrates als Ersatz für

ein wirkliches Parlament widerspricht den klar ausgesprochenen Wünschen der Bevölkerung. Nach dieser Verordnung hat der Landesrat nur eine beratende Stimme. Die Bevölkerung beansprucht doch wenigstens diejenigen politischen Rechte, die sie in dem als autokratisch angesehenen Preußen seit über 70 Jahren besessen hat, nämlich das der Steuerbewilligung, der Mitwirkung bei der Gesetzgebung und der Immunität der gewählten Vertreter. Diese Wünsche sind bescheiden. Kein Volk in Europa und Amerika entbehrt dieser Rechte. Die einzige Bevölkerung aber, die dem Völkerbund zu treuen Händen anvertraut ist, nämlich die Saarbevölkerung, soll mit einer beratenden Stimme bei der Erledigung ihrer ureigensten Angelegenheiten abgespeist werden. Was das bedeutet, haben wir seit Einzug der Regierungskommission im Februar 1920 erlebt.

In den Landesrat sollen nur wählbar sein aus dem Saargebiet stammende Personen. Das Gedeihen unseres Industriegebietes beruht aber auf dem Zustrom von geistigen und moralischen Kräften aus dem übrigen Deutschland. So ist der größte Teil der Lehrer und Geistlichen nicht im Saargebiet geboren, so ein großer Teil der Staats- und Kommunalbeamten, so der Beamten aus Industrie, Handel und Gewerbe, so die meisten Arbeiterführer. Kurzum: ein wesentlicher Teil der führenden Köpfe des Saargebietes stammt aus dem übrigen Deutschland. Alle diese sind in den Landesrat nicht wählbar; sie sollen also vor der Mitwirkung bei der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten ausgeschlossen bleiben. Auf die landfremden französischen Beamten aber stützt sich die Regierungskommission, während die Bevölkerung auf die Wahl vorzüglich geeigneter Kräfte verzichten muß. Wie sehr die Regierungskommission der Mitarbeit sachverständiger, mit den besonderen saarländischen Verhältnissen vertrauter Männer bedarf, geht aus ihrem dem Völkerbund unter dem 21. 12. 1921 erstatteten Sonderbericht hervor. Er baut sich größtenteils auf falschem Tatsachenmaterial auf. Hinsichtlich der Angaben über die Eisen- und Stahlerzeugung des Saargebietes ist die Regierungskommission sogar einer gefälschten Statistik zum Opfer gefallen. Werden die Rechte einer Bevölkerung derartig beschränkt, so ist ein gedeihliches Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten nicht möglich. Keine gebildete und hochstehende Bevölkerung wie die des Saargebietes kann im 20. Jahrhundert in Europa den Kampf gegen ein derartiges System des Absolutismus aufgeben.

Die Saarbevölkerung kämpft für ihre politische Freiheit und nationale Selbstbehauptung. Sie kämpft um die elementarsten Rechte der Selbstverwaltung und um Lenkung ihres eigenen Geschicks, — für Rechte, die sie seit 70 Jahren besessen hat und die ihr heute vorenthalten werden. Sie bitten die öffentliche Meinung und die Staatsmänner der ganzen Welt, ihr in diesem Kampfe beizustehen.

## Eine Saardelegation in Genf.

Zwar will der in Versailles geschaffene Völkerbund die höchste Instanz demokratischen Völkerrechts und demokratischer Selbstbestimmung sein; zwar ist das Saargebiet dem Völkerbund unmittelbar unterstellt und sollte somit gleichsam eine völkerbündliche „Musteranstalt“ sein, in der wahre Demokratie oberster Grund- und Lehrsatz sein müßte — und doch muß sich die wahrlich genug geplagte Bevölkerung die denkbar größte Mühe geben, um wenigstens beachtet, gehört zu werden; damit man langsam ein Bild der Wirklichkeit von dem Völkerbunds-„Musterlande“ erhält. Herr Kautz blickt nur durch die französische Brille und also sieht er die Verhältnisse im Saargebiet, entsprechend sehen seine Berichte an den Völkerbund aus. Um keine falschen Meinungen aufkommen zu lassen, sah sich die Saarbevölkerung veranlaßt, durch nach Genf entsandte Delegationen den Völkerbundmitgliedern eine richtige Darstellung zu geben. Aber noch regiert Frankreich den Völkerbund und also kann sich das Licht vom Saargebiet noch nicht siegreich durchsetzen. Die Zeit wird noch kommen.

Jetzt hat die Saarbevölkerung die große Völkerversammlung in Genua benutzt, um auch dort durch einige Vertreter Aufklärung über das Saargebiet zu geben, ein Bild zu geben von den Verhältnissen, wie sie sich dort unter der Hegelie des Völkerbundes entwickelt haben. Der Delegation gehörten an Rechtsanwalt Steegmann (Str.), Valentin Schäfer (Soz.) und Hermann Röckling (Völklingen).

Die Delegation beabsichtigte nach dem Genueser Vertreter des „Vorwärts“ bei der nächsten Gelegenheit die Konferenz auf die Beschwerden und Forderungen der Saarbevölkerung aufmerksam zu machen, die durch die französische Besatzung und die Verwaltungstechnische Trennung vom Deutschen Reich, sowie die kulturellen und wirtschaftlichen Lösungen von diesem bedingt sind. Sie überreichte bei dieser Gelegenheit die an anderer Stelle abgedruckte

neue Denkschrift der politischen Parteien des Saargebiets an den Völkerbund.

Die einzelnen Saarvertreter hatten Gelegenheit, mit verschiedenen in Genua vertretenen Sachverständigen, Delegierten und Politikern zu sprechen. Der von der französischen Propaganda stellte des Saargebiets ausgehaltene „Neue Saarkurier“ mit seinen dienstbeflissenen „Charakterfesten“ ist empört über solches Beginnen. Er weiß nichts Sachliches dagegen einzuwenden und arbeitet daher lediglich mit Verdächtigungen, bekanntlich die Hauptstärke solcher Elemente. Er möchte gern wissen, woher die Delegation zu solcher Reise das Geld hernehme. Wir können uns denken, daß es nicht dieselbe Quelle ist, die den „Saarkurier“ und seine „Getreuen“ speist. Vielleicht weiß der auf Befehl und nach Diktat schreibende „geistig Führende“ des genannten Blattes, woher die Gelder stammen, die im Jahre 1915 zur Entsendung einer Deputation nach Paris zu Hardenberg erforderlich waren. Die Saarländer wissen Opfer zu bringen, wenn es sich um ihr Heiligstes, nämlich ihre Heimat handelt; andere wechseln diese und ihre Gesinnung gegen valutastarke Franken um. Des Rätsels Lösung ist also sehr einfach.

### Was die Delegation berichtet.

Von der saarländischen Delegation für Genua wird folgender Bericht herausgegeben: Die nach Genua gesandten Vertreter der politischen Parteien haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Staatsmänner und die öffentliche Meinung der Welt über die im Saargebiet herrschenden Regierungsmaßnahmen aufzuklären. Es gelang, eine Anzahl bedeutender Staatsmänner oder Leute ihrer nächsten Umgebung zu sprechen und ihnen den Standpunkt der Saarbevölkerung zur Kenntnis zu bringen. Es läßt sich jetzt schon sagen, daß das Verständnis dafür, daß nur ein solcher



Völkerbund lebensfähig ist, der nach Recht und Gerechtigkeit urteilt, in sehr weiten Kreisen erweckt worden ist. Ebenso ist die Ueberzeugung heute schon weit verbreitet, daß die Verwaltung des Saargebiets, die im Auftrage des Völkerbundes geführt wird, den elementaren Lebensinteressen der Saarbevölkerung in keiner Richtung entspricht. In einzelnen Staaten sieht man heute schon ein, daß durch eine Fortdauer solcher Zustände die eigenen Interessen aufs schwerste geschädigt werden, da sie befürchten müssen, daß das Ansehen des Völkerbundes und damit das eigene Prestige in der Welt erheblich herabgemindert werde. Entsprechend der außerordentlich freundschaftlichen Stellungnahme des Erzbischofs von Genua zu den deutschen Katholiken wurde von einem Mitglied ein Besuch an seine Eminenz gemacht; hierbei wurde das starke menschliche Mitgefühl mit dem Schicksal der Saarbevölkerung in wohlthuender tatkräftiger Weise bemerkbar. Im übrigen bot sich Gelegenheit, einer ganzen Anzahl von Pressevertretern aus den verschiedensten Staaten der Welt Aufklärung über die im Saargebiet herrschenden Zustände zu geben. Besonders über die widerrechtliche Aufrechterhaltung des französischen Militarismus und die Vorenthaltung einer den gerechten Wünschen der Saarbevölkerung entsprechenden Volksvertretung. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Verständnis in der Welt für unsere Schicksalsfrage wesentlich rascher wächst, als man noch vor einem Jahr glauben konnte.

Uebrigens nahm, wie die „München-Augsburger Abendztg.“ ein Delegationsmitglied Gelegenheit, auch den Erzbischof von Genua zu besuchen, der sich über diesen Besuch einem Pressevertreter gegenüber dahin äußerte, die Absicht, 750 000 Deutsche im Saargebiet zu verweilen ist keine moralische Handlung, die Frankreich tötigt. Der Vertrag von Versailles besagt, daß die deutschen Gelehrte und die deutsche Sprache in Anwendung bleiben; bis heute hat Frankreich diese Vorschriften des Vertrages von Versailles nicht erfüllt. Frankreich hält, wie ihm die Saardelegation erzählte, 8000 Soldaten und viele Polizisten dort. Das Saargebiet wird von einer Kommission geleitet, an deren Spitze der Franzose Rault steht. Das sollte Frankreich nicht tun.

Vielleicht denkt der „Saarurier“ auch über diese Bemerkungen einmal nach und untersucht, ob ein Verfahren, wie es hier von hoher Stelle scharf kritisiert wird, dem Geiste und dem Buchstaben nach mit dem Saarbedenabkommen vereinbar ist.

## Abgeordneter Hue über den französischen Annexionismus an der Saar.

Gelegentlich der Besprechung der Saarinterpellation im Preussischen Landtag nahm auch der unerwartet verstorbene Führer des alten Bergarbeiterverbandes, Abg. Hue, das Wort, um vor allem sich gegen den französischen Annexionismus im Saargebiet zu wenden. Er sagte u. a.: Die von der französischen Schwerindustrie finanzierten Annexionsbestrebungen auf das Saargebiet schaffen eine neue dauernde Beunruhigung Europas. Die Regierungskommission betrachtet sich als Vertreter des französischen Annexionismus, treibt das Land einer Katastrophe entgegen und hat es nunmehr erreicht, daß die Kreise, die bisher loyal mit der Regierungskommission zusammenarbeiten wollten, in die Opposition gedrängt worden sind. Hauptsächlich dazu geführt hat die völlige Außerachtlassung aller demokratischen Grundsätze und der Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Die schon vorhandene Wirtschaftskrise ist noch verschärft worden durch die Einführung der Frankenwährung. Sie hat eine gewaltige Teuerung hervorgerufen. Die Gruben gehören dem französischen Staat. Er ist daher an sich berechtigt, die Frankenzahlung einzuführen. Für die Arbeiter brachte das zunächst Vorteile, die aber bald in das Gegenteil umschlugen. Ein Teil der saarländischen Bourgeoisie hat seine Bergwerksanteile an den französischen Kapitalismus abgetreten. Die saarländische Arbeiterbevölkerung hält dagegen treu zu Deutschland. Ein kleiner Teil ist allerdings durch die Manipulationen des Kapitalismus in einer Weise beeinflusst worden, die wir vom Standpunkt des Pazifismus aus verurteilen müssen. Die Einführung der Frankenzahlung bedeutet für die Kohle eine Erschwerung des Absatzes, und zwar nicht nur für den Absatz nach Deutschland, sondern auch für den Absatz nach dem Westen. Die französische Eisenindustrie wehrt sich gegen die Einfuhr des saarländischen Eisens und Stahls. Wie soll da dieses zwischen Franken- und Markwährung eingeklemmte Land wirtschaftlich existieren? Die französische Industrie braucht die Saarkohlen nicht, wenn auch die französischen Annexionisten das immer wieder behauptet haben. Der französische Gewerkschaftsführer Merheim, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, vertritt in dieser Frage dieselbe Auffassung wie die deutschen Gewerkschaftler. Das Saargebiet wird 15 Jahre lang zu treuen Händen vom Völkerbunde verwaltet.

Es ist ganz gleichgültig, ob wir Vertrauen zu ihm haben oder nicht. Da er 15 Jahre über das Saargebiet zu entscheiden hat, wäre es für die deutschen Interessen viel wirksamer, wenn Deutschland als Mitglied des Völkerbundes sich auch das Mitverwaltungsrecht an diesen Gebieten sichern würde. Und gerade wenn wir vom Völkerbunde das Schlimmste befürchten, gerade dann müssen wir beitreten, um als Mitglied die Rechte der saarländischen Bevölkerung zu schützen.

In einer persönlichen Erklärung teilte Genosse Hue mit: Seitdem ich im Saargebiet den Zusammenstoß mit den Kommunisten hatte, darf ich in dieses Gebiet nicht mehr hinein. Dahlem (ein kommunistischer Abgeordneter, nebenbei bemerkt ein geborener Lothringer und ein Herr im jugendlichen Alter, ohne ernste Absicht, der Wahrheit auf den Grund zu gehen) hat die gemeine Denunziation wiederholt, daß ich im Saargebiet im Sinne des Heimatdienstes gewirkt und daß der Bergarbeiterverband Schriften des Heimatdienstes im Saargebiet verteilt habe. Beides ist unwahr und verfolgt nur den jetzt allerdings erreichten Zweck, die Leitung des Bergarbeiterverbandes aus dem Saargebiet fernzuhalten. Der Kommunist Walk erließ einen Protest gegen die Saarabordnung nach Genf. Die Behauptung, daß daran der Bergarbeiterverband beteiligt sei, ist falsch. Der Verband erlangte von dem Telegramm und der Entsendung eines anderen Delegierten nach Genf erst später Kenntnis.

## Gehälter, Löhne und Preise im Saargebiet.

Eine Gruppe von im öffentlichen Leben Tätigen hatte bisher sich standhaft geweigert, den Franken zu fordern, und scheint dafür von der Regierungskommission auch entsprechend „berücksichtigt“ worden zu sein. Es sind die Geistlichen aller Konfessionen des Saargebietes. Deren wirtschaftliche Lage war geradezu trostlos und vielfach bedrohte das Einkommen schon seit langer Zeit kaum die Hälfte der nackten Existenzbedürfnisse. Jetzt verlautet, daß die Geistlichen in eine Gruppe der neuen vielmehr umfassen Frankenselbstordnungsordnung von „Staatswegen“ eingereiht werden sollen.

Lebhafte Wellen schlug die Gehaltsbewegung der kaufmännischen Angestellten des Saargebietes. Nach großen Saalbauversammlungen, Sympathieerklärungen der Arbeiterchaft, Schlichtungs- und Parteiverhandlungen kamen für Februar und März gute Vereinbarungen zustande, die beinahe den vierfachen Betrag der im vorigen Sommer verdienten Gehälter bringen. Die Teuerungszahlen der Stadt Saarbrücken weisen allerdings auch für den Monat März eine über 25-prozentige Steigerung gegenüber dem Februar auf; sie betragen 3730 gegen 2955 im Februar.

Im Baugewerbe betragen jetzt die Löhne für Schreiner 31 Mark, für Maurer, Klempner usw. 30,50 M. pro Stunde. In der Fertigungsindustrie werden für Gelernte 25 M., Angelernte 23 und Hilfsarbeiter 22 Mark je Stunde gezahlt. Dazu kommen in der Industrie noch Akkordzuschläge und Familienzulagen, so daß die Verdienste denen im Baugewerbe gleichkommen.

Die Preisbewegung im Saargebiet überstürzt sich jetzt wieder und der Ausverkauf geht recht lebhaft. Bei den Verhandlungen mit preussischen und pfälzischen Liefergebieten wird öfter betont, daß es gar keinen Zweck habe, billige deutsche Milch ins Saargebiet zu liefern, weil der Preis doch 16–17 M. pro Liter betrage. Demgegenüber ist zu betonen, daß dies der Preis ist für freie lothringische Milch, die in Saarbrücken mit der deutschen durchgerechnet wird. Dabei erhalten über 2000 bedürftige Familien rationierte Milch für die Kinder zum Preise von 6 M. In den kleineren Orten des Saargebietes, besonders an der Grenze, ist der Milchpreis bedeutend niedriger.

Für im Saargebiet erzeugte Milch beträgt der Lieferpreis jetzt 17 M.

Der Brotpreis ist von 16 auf 24 M. für das Vierpfundbrot festgesetzt worden, das bedeutet eine Steigerung von 2 M. je Pfund oder einen Zehnpreis von 6 M. je Pfund!

Auf allen Gebieten zeigt sich eine ungeheure Preissteigerung, die durch die unglückselige Frankenspolitik der Saarregierung besonders scharf in Erscheinung tritt und die Marktempfänger in die schwerste Not bringt. Bei den verschiedensten Gelegenheiten sind aus diesem Anlaß gegen die Regierungskommission öffentlich die heftigsten Vorwürfe erhoben worden. In einer Versammlung des deutschen (sozialistischen) Metallarbeiterverbandes wurde erklärt, daß die Regierungskommission durch ihre verfehlte Währungspolitik die wirtschaftliche Katastrophe im Saargebiet verschuldet habe, weshalb sich die Arbeiterschaft zu gewaltigen Demonstrationen aufraffen sollte, um der Saarregierung das schärfste Mißtrauen der Arbeiterschaft auszusprechen. Der Sozialist Dr. Grein-Neunkirchen nannte in öffentlicher Gemeinderatssitzung die gesamte Einführung des Franken ein Teufelswerk, und der demokratische Pfarrer Beder-Neunkirchen bezeichnete in der gleichen Sitzung als Schuldige an den mitleidigen Verhältnissen des Saargebietes den von der Regierungskommission begünstigten Währungs dualismus. v. C.





Das Königsgrab bei Castet a. d. Saar.

## Zur 2. Tagung des Bundes „Saar-Verein“

gewidmet

von der Ortsgruppe Halle a. S.

Heimat — wie klingt das so lieb und  
so traut,  
du herrliches Land an der Saar,  
wer je deine Berge und Wälder geschaut,  
der denkt an dich immerdar.  
Doch knechtet uns jetzt brutale Gewalt,  
ohnmächtig die Hand zur Faust sich ballt  
und zum Himmel dringt unser  
Schmerzensschrei  
„Herr, mach uns frei!“

Wir lebten so froh, mit fleißiger Hand,  
auf der Mittagshöhe der Kraft,  
haben wir die Schätze fürs Vaterland  
aus dem Schoße der Erde geschafft.  
Jetzt sind wir die Sklaven der Sieger-Nation,  
die raubt unsere Schätze, der Lohn ist — Hohn.  
Wann kommt der Tag der Erlösung herbei?  
„Herr, mach uns frei!“

Dort, wo wir auf waldumrauschten Höhen,  
die Heldengräber der Väter geehrt,  
da wird sich der „ruhmlöse Sieger“ ergehen,  
dem jetzt unsre heilige Scholle gehört. —  
Unsre sangfrohe Jugend wird still und  
verheßt,  
und zum Lernen der fremden Sprache  
gepreßt.

Gramvoll sitzen wir Alten dabei:  
„Herr, mach uns frei!“

Wir hoffen auf Beistand vom Vaterland,  
wir glauben an Treue um Treue,  
damit sich der Einigkeit starkes Band  
auch mit uns für immer erneue.  
Krampfhaft umschlingen sich unsere Hände,  
Gott, mach dieser elenden Knechtschaft ein Ende  
und stehe uns wieder in Gnaden bei:  
„Herr, mach uns frei!“

Kurt Trep.



K.T.



# Ein Mannengericht.

Von M. B., Merzig (Saar).

Man schreibt den 19. Januar des Jahres 1333. Schon seit dem Läuten der Frühjahrsmesse ist alt und jung auf den Beinen. Noch nie sah Merzig solch ein Leben in den Straßen. Von nah und fern strömen Menschen herbei, zu Fuß, zu Pferd und Wagen. Alle Herbergen sind schon überfüllt, und da ist kaum ein Haus, das nicht Gäste hätte. Häuser und Menschen sind festlich gepuzt. Auf den Schmutz in Winkeln und Gassen hat der Nordost Massen von Schnee gehäuft, als er letzte Nacht die Straßen blankfegte. Alles Schadhafte und Unschöne ist verschwunden. Die Stadt trägt heute ein blendend weißes Festkleid. Und die freundliche Sonne des klaren Wintermorgens gibt die rechte Stimmung dazu. Auch die Höhen des Saargaus, die Wiesen und Felder strahlen in reiner Pracht.

Alles ist bereit, den Kurfürsten und Erzbischof Balduin von Trier würdig zu empfangen. Heute wird er kommen mit glänzendem Gefolge, um „mit Briefen wohl versehen“ unter den Bäumeln ein Mannengericht zu halten und seine Rechte gegen Herzog Rudolf von Lothringen zu beurkunden.

In der Probstei will er absteigen und einen Imbiß nehmen. Das Portal der Kirche und die Klosterpforte tragen reichen Schmuck. Hohe Tannen bilden in doppelten Reihen Spalier im Klosterhof, den edlen Gast zu ehren. Selbst das ernste, kalte Refektorium der Prämonstratenser ist ganz freundlich und warm geworden. Der dicke, alte Kachelofen glüht förmlich vor Pflichteifer; er weiß, daß man heute Besonderes von ihm erwartet. Auch die Sonne tut ihr Bestes. Von den bunten Fensterscheiben nimmt sie die Farben und wirft mit Künstlerhand prächtige Muster und goldene Kringel auf die weißen Wände. Das blühende Zinngerät der Tafel hat sie schnell in eitel Silber verwandelt.

Eben ordnet Bruder Johannes noch die kleinen Zweiglein des Buchsbaums zu zierlichen Sträußchen vor den Gedeken. Träumerisch blicken seine stillen Augen, als seine Hand fast zärtlich über das seine Linnen streicht. So tat seine Mutter, wenn sie mit einem letzten Blick die festliche Tafel überlief. Wie geschäftig war er hin und her gelaufen, Schüsseln und Krüge zu bringen. Wie glücklich war er gewesen, wenn die Mutter lächelnd seinen Eifer lobte und wenn er im Würzgärtlein Blumen pflücken und den Tisch damit schmücken durfte. Aber nie hatte er den Ehrlich damit bestreut. Dazu nahm er die harten Zweige des Buchsbaums. Es wäre doch gar zu traurig gewesen, wenn die zarten Blümlein unter den Füßen der Ritter hätten sterben müssen. Heute hat er auch den Tisch mit Buchszweigen geschmückt. Zur Winterszeit blühen keine Blumen mehr.

Da heben schon die Kirchenglocken zu läuten an. Sie melden das Nahen der Gäste. Noch ein prüfender Blick, dann eilt Bruder Johannes hinaus, dem Küchenmeister die letzten Weisungen zu geben.

Auf der Höhe des Kammerforstes am Walbrand halten zwei Reiter. Der eine auf stattlichem Braunen in glänzender Rüstung hat den pelzverbrämten Mantel zurückgeschlagen; er deutet mit der Rechten auf die Burg Montclair. Es ist Kurfürst Balduin, der hier mit Abt Theodorich von Mettlach ein kurze Rast hält.

Das Gefolge ist etwas zurückgeblieben. Dülster blicken die Augen des Fürsten und wie Grollen klingen seine Worte: „Der Seigneur von Montclair, Jakob von Clermont, hat es abgelehnt, zum Mannengericht zu kommen. Fast scheint es, als ob Ihr recht hättet, wenn Ihr sagt, die Burg ist nicht zu zwingen.“

Stark und trotzig stehen die grauen Türme vor ihnen in der klaren Luft. Eine erdgeborene Kraft, sind sie herausgewachsen aus den Felsen. Vom Arm der Saar umschlossen, ist die Feste geschützt vor jedem Angriff. Wo sie von St. Gangolf aus zu nehmen wäre, treten Vorburgen, Gräben und Wälle dem Feind entgegen. Ein mächtiges eisernes Gatter und eine erzene Pforte schützen die Durchgänge. Selbst einer Belagerung könnte Montclair standhalten. Im Bereich der Befestigungen liegt Dorf Berge mit all seinem Ackerland. Und doch, er wird ihn zwingen, den ungehorsamen Vasallen. Jeder Zug dieses energischen Gesichts spricht von einem eisernen Willen. Dieser Mann duldet kein Unrecht und läßt sich nichts nehmen von seinen Rechten. Das hat er bewiesen in der Gründung des Kurvereins von Rheinfels, der hauptsächlich sein Werk ist. Damit hat er den Einfluß ausgeschaltet, den Frankreich durch den Papst bei der Kaiserwahl ausüben wollte. Denn willenlose Werkzeuge französischer Politik waren die Päpste, die damals in Avignon residierten. Der Kurvertrag von Rheinfels bestimmte: Die Wahl des deutschen Kaisers durch die Kurfürsten bedarf keiner Bestätigung durch den Papst. Dadurch scheiterte der Plan, den französischen König Karl IV. zum Kaiser von Deutschland zu machen.

Heute wird Balduin mit dem Herzog von Lothringen abrechnen. Langsam wendet er den Blick von der Burg. Vor ihm liegt der Saargau mit seinen Dörfern, Feldern und Wiesen im Sonnenglanz, ein Kleinod in strahlender Pracht. Mitten durch die weite, weiße Ebene schlängelt sich die Saar wie eine blaue

Ader. Dies schöne Land vor jedem Feind, vor jedem Unrecht zu schützen, ist seine erste und heiligste Pflicht.

Hartard von Schönedden reitet eben an der Spitze des Gefolges heran. Ernst, fast wehmütig sieht Balduin den Getreuen an. „Da drüben wird es einmal harte Arbeit für Euch geben, wenn der Trostlopf nicht vernünftig wird.“ „Laßt kommen die Hölle, mit mir zu streiten, ich will durch Tod und Teufel reiten.“ Und mit festem Griff umfaßt Hartard sein Schwert. Und wie auf Befehl fahnen alle Schwerter aus der Scheide und „Heil dem Kurfürsten, heil dem deutschen Lande!“ klingen es wie ein Schwur von allen Lippen. Tiefbewegt neigt Balduin das Haupt zum Dank, dann gibt er dem Braunen die Sporen, und weiter geht's ins Tal hinab.

Am Fuße des Kreuzbergs harret die Menge, denn hier haben sich die Vertreter der Stadt mit dem Probst versammelt, den hohen Gast zu begrüßen. Umdrängt und gefolgt von dem jubelnden Volke, reitet Balduin an der Spitze seines glänzenden Gefolges in den Klosterhof ein. Aber nur kurz hält er Rast.

Wo heute unterhalb des Bahnhofes Fremersdorf der Weg nach Biegen von der Provinzialstraße abgeht, war die Stelle „Zu den Bäumeln“.

Unter mächtigen Linden wurde Recht gesprochen. Schon hat die Menge des Volkes einen Ring geschlossen um die Malfatt, da naht der Zug. An der Spitze der Kurfürst, ihm zur Rechten auf kräftigem Schimmel Abt Theodorich von Mettlach. Auf der anderen Seite der Prämonstratenser Abt Rudolfus von Wadgassen. Wer kennt ihn nicht, den würdigen alten Herrn im weißen Ordensgewand mit dem breitkrämpigen weißen Hut? Die Schabrade seiner Fuchsstute zeigt sein Wappen, den Stern mit dem Wahlspruch: Monstrant astra viam. Es folgen die Grafen Johann von Saarbrücken und Eberhard von Zweibrücken mit dem Komtur der Deutsch-Herrn zu Redingen, Heinrich von Rinkenstein. Jener Ritter dort, dessen Helm ein silbergekrönter Löwe schmückt, der einen schwarzen Federbusch trägt und der im roten Schild drei silberne aufrechtgehende, goldgekrönte Löwen führt, ist der Erbvogt von Hamm an der Mosel, Herr Jand von Merl. Dort das Wappen mit den zwei roten Balken in Gold, von roten Steinen umgeben, gehört Boemund, Herrn zu Dagstuhl.

Sieh da, auch die Herren von Elz, von Cochem, von Mandercheid, von Waldeck und Ehrenburg sind gekommen. Ihnen folgen Hartard von Schönedden, des Kurfürsten Feldhauptmann, und Arnold von Fels. Als letzte reiten die Brüder Eufelimus und Albertinus von Merzig, genannt von Veldenz. Sie haben ihren Sitz in Merzig, im Brüdensviertel. Der Name erinnert an ihre Abstammung von dem Geschlecht derer zur Brücke (de Ponte) in Trier. Es ist ein altes Adelsgeschlecht. Zum erstenmal wird ein Rudolfus de Marciche (von Merzig) 1107 als Ministeriale S. Petri genannt. Später findet sich neben dem Namen Marciche oder Marceto auch von Veldenz.

Die beiden Brüder Eufelimus und Albertinus sind Söhne Symons de Marceto und Lehnsleute des Erzbischofs von Trier. Den Schluß des Zuges bilden die Knapen, in ihrer Mitte der Actuarius, der die Pergamente trägt. Die Richtstätte ist erreicht, alle sind abgeseffen.

Kurfürst Balduin tritt in den Kreis der Versammelten. Lautlose Stille. Man versteht jedes Wort. Er übergibt Arnold von Fels den Stab und ernennt ihn zum Dingvogt. Dieser spricht nun dem Gericht „Bann und Frieden“ und fordert die Mannen auf, „nach Markenrecht und Gewohnheit“ zu urteilen, „das Recht zu weisen“. Nachdem sich alle dazu verpflichtet haben, verliest er einen Brief, in dem Herzog Rudolf von Lothringen sein Erscheinen zusagt, hierauf einen zweiten, worin er „den Tag widerbot“. Aber die Mannen erklären einstimmig, der von beiden Seiten angenommene Tag sei rechtlich und könne vom Herzog nicht aufgesagt werden. Darauf fragt Herr Arnold: „Ist jemand da, der den Herzog verantwortet?“ Dreimal wiederholt er die Frage. Es ist niemand da. Sämtliche Forderungen und Klagen des Erzbischofs und seines Stifters gegen den Herzog verliest jetzt der Dingvogt. Alle Mannen entscheiden, der Erzbischof habe sein Recht erwiesen und seine Forderung sei ihm nach Marken Gewohnheit zuerkannt. Zwei Mann sollen dies Urteil dem Herzog Rudolf mit offenen Briefen verkünden. Und wenn er sich nicht binnen 14 Tagen verantwortet, dann möge der Kurfürst alles, was ihm zugesprochen, angreifen und sein Recht erobern. Kurfürst Balduin möge aber noch bis zum Reigen der Sonne auf das Erscheinen Rudolfs warten. Man wartet vergebens.

Nach Sonnenuntergang werden die Urteile von den Grafen und Herren und vielen Zeugen befestigt. Am 13. November 1334 wurden erst die Verträge abgeschlossen. Herzog Rudolf nahm aus des Kurfürsten Hand als Triersche Lehne: Sirk, Verus, Siersberg, Wallerfangen, Felsberg und seinen Teil Montclair und Merzig. Er verzichtete auf die Saargölle, die nicht mehr zu Wallerfangen und Montclair sollten erhoben werden.

So hat Balduin dem Lande den Frieden erhalten, weil er den Willen hatte und die Macht, seine Rechte zu schützen.



## In grauer Vorzeit war's.

Aus „Südwestdeutschland.“  
(Schluß.)

Sie wühlten den Weiher in seinen tiefsten Tiefen auf. Zornige Wellen bäumten sich, rollten heran und zerschellten am Felsen zu Gischt und Schaum. Eine jedoch erhob sich zu gewaltiger Höhe, sprang über das Ufer, daß der Sänger erschrocken zurückwich. Doch vor seine Füße schleuderte die Welle ein Gewirr von allerlei Wasserpflanzen, worunter sich auch eine herrliche Seerose befand. Die nahm der Sänger auf, weil er gerade diese Blume schwärmerisch liebte. Wie erstaunte er aber, da er im Blumentfeld eingeschlossen einen Edelstein gewahrte. Er befreite ihn, ließ ihn in der Sonne funkeln und freute sich sehr des herrlichen Farbenspiels. Dann befestigte er ihn an seiner Laute, so wie er diese oft mit irgendeiner Blume geschmückte hatte.

Inzwischen war es Zeit geworden, weiterzuwandern, da er zum Abend im Burgfleden zum Tanze aufspielen wollte.

Der Abend war dem Sänger ein nie gekannter Erfolg. Begeistert lauschte alles seinem Spiel. Wenn er endete, umtobte ihn rasender Beifall. Man jubelte ihm zu, man feierte ihn einem Herrscher gleich, dessen Macht man sich willig, freudig unterwirft. Er ward beispiellose geehrt und umworben. Seine Lieder begeisterten ihn selber und eiferten ihn zu neuem Schaffen an. Immer neu und schönere Sänge entströmten seinen Lippen. Was jahrelang in seinem Innern vergeblich der Gestaltung geharrt hatte, empfing nunmehr mühelos Form und Weise.

Der Wunderstein hob seinen Besitzer hoch über alle fahrenden Sänger seiner Zeit.

Des Sängers Ruf drang auch zur Burg.

Berthold ließ den Sänger zu sich bitten. Das Volk folgte bis in den Burghof und begehrte daselbst nochmals eines der Lieder zu hören. Gerne war der Gefeierte zu Willen.

Sieghaft hallte der Sang durch den Burghof und drang in die Gemäcker, wo Berthold des Sängers harnte. Kaum vernahm der Burgherr die ersten Töne, da fühlte er sich erschüttert, seltsam ergriffen und geheimnisvoll hingezogen. Er trat halb wider Willen hinaus und lauschte beweat und begeistert dem Sänger. Als der zu Ende war und freien Mutes, in geziemender Achtung sich nahte, bot er freudig die Hand. Das Volk jubelte und jauchzte.

Mit einemmal sah Berthold fast erschrocken an der Laute den lange vermißten Edelstein. Ein heißes Begehren flammte in seinen Augen auf. Nur mühevoll beherrschte er sich; „Gib mir die Laute,“ bat er den Sänger, „ich will sie dir mit reinstem Golde aufwiegen.“

„Nicht doch, Herr! Sie ist mein Höchstes, ist mein alles. Verlange was anderes, nicht will ich es weigern.“

„So laß mir den Stein, der am Lautenhalse gleißt.“

„Den will ich dir gerne lassen. Ich fand ihn drunten am Weiher.“

Gierig griff der Burgherr danach.

Kaum hatte er den Stein in der Hand, so trat eine jähe Veränderung mit der ganzen Umgebung ein. Das freudige Jauchzen des Volkes verstummte; alle Nacken beugten sich, aus aller Augen sprach ängstlicher Gehorsam. Viele aus der Menge schlichen lautlos und scheu davon. Selbst der Sänger trat verlegen zurück: des Steines Wunderkraft bestätigte sich aufs neue. Im ersten Augenblick war der Burgherr hochbefriedigt; dann aber sah er voll Trauer umher. Alle die, welche die letzte Zeit zu Männer erzogen hatte, waren wieder Höflinge geworden. Keine freien Bürger, nur Untertanen und in Ehrfurcht ersterbende Diener umgaben den Burgherrn. Den betäubte das tief. Vielleicht, dachte er, wird der Sang, der die Menge so oft begeisterte, auch jetzt noch aufmunternd wirken: „Singe uns Sängern noch einmal das Lied von Manneszucht, von Treue und Freiheit.“

„Mir ist, als sei meine Zunge gelähmt,“ stammelte der Sänger, „als wären um meine Brust Fesseln gelegt worden; verzeihe, Herr — Herr! Die Worte, die du sagtest, kann ich nicht mehr über die Lippen bringen, mich hindert eine unerklärliche, geheimnisvolle Macht. Laß mich etwas anderes singen.“

Und nun klang ein Lobgesang, ein Schmeichellied auf den Burgherrn durch den Hof. Die Laute tönte gedämpft dazu, als seien die stolzen, hellen Töne ihr geraubt.

Da nahm Berthold den Sänger traurig bei der Hand, führte ihn in die Burg und stieg mit ihm allein auf den Wartturm. Kein Lauscher sollte nahe sein.

Angelehnt des blühenden Landes legte er den Wunderstein zwischen sich und den Sänger, ließ diesen schwören, geheim zu halten, was er nunmehr hören werde; Berthold offenbarte die Wunderkraft des Steines und endigte erregt:

„Gib du, der du selbst eine Weise Besitzer des Steines warst, gib du mir Rat, wie ich mich seiner entledigen kann, ohne von der Furcht verfolgt zu sein, er käme in ungerechte Hand. Ich sehe, es ist ein Unheil, wenn eine derart übergroße Kraft in einer Hand vereinigt bleibt.“

Kurz sann der Sänger, dann riet er:

„Gib diese Wunderkraft deinem Volke preis, dann wird sie Segen stiften.“

„Doch wie vermag ich das?“ meinte Berthold zweifelnd.

„Zertrümmere den Stein und überlaß den Staub den Winden, die ihn in alle Gauen tragen werden.“

Rasch entschlossen zerschlug der Burgherr mit seines Schwertes Knauf den Edelstein. Ein kleines Stück nahm er an sich, ein zweites reichte er dem Sänger dar, damit der Herrscher und der Sänger doch etwas aus der Menge hervorrangen werden. Den Rest aber zerstampfte er sorgfältig fein und warf ihn über die Turmbrüstung.

Ein starker Wind, der um den Wartturm heulte und wirbelte, nahm den wertvollen Staub auf seine Flügel, trug ihn davon und verteilte ihn in alle Gauen. Und wo ein Stäublein niederfiel, sproßte Laubkraft, blühte Erfolg auf.

Das Volk im Burghof schaute verwundert in die Höhe, als sei eine schwere Last plötzlich von ihm genommen. Befreit atmeten alle auf. Und dann erklang aus ihren Reihen, vereinzelt anfangs, dann stärker und allgemeiner das Lied von Mannesmut, von Treue und Freiheit. Es wuchs und schwoll zum Sturme an.

Von droben, neben dem Sänger über die Brüstung gelehnt, winkte der Burgherr von Kirfel freudig bewegt herab.

In grauer Vorzeit war's, vom der selbst die Sage nichts zu melden weiß.

## Aus tiefen Brunnen.

Viel tiefe Brunnen rauschen

Einsam dahin . . .

Seid still — wir wollen lauschen

Und ahnen den tiefsten Sinn.

Einsam steht ein hohes Steinkreuz auf einem Berge bei Dillingen. Zwischen knorrigen, alten Kiefern hindurch schaut der Christus hin auf das Dorf. Was will das Kreuz dort auf dem Berge?

Heiligenberg nennen ihn die Leute. In hellen Frühlingstagen oder an dämmerigen Sommerabenden mag es sein, daß ein Kind sein Köpfchen zu den Füßen des steinernden Christus hinabbeugt und lauscht. Da tönt aus des Berges Schoß süßer Sang, wie ferner Glockenklang — wie fromme Frauenstimmen. Einstmals stand auf dem Berge das Kloster stiller Frauen — bis sich eines Tages die Erde öffnete und Kloster und Kapelle in sich schloß; nur das Kreuz blieb stehen und grüßt weit ins Land hinaus! Heiligenberg! Wenn sich die Stille darüber legt, tönt es aus der Erde — Glockensang — Frauenschöre —

Kinder können es hören — und alle, welche die stillen Stimmen verstehen.

Tief im Heiligenberg wohnten die frommen Frauen, und ein armer Hirte weidete seine kleine Herde am Abhang. Arm war Georg, der Hirte, und bei seinem einsamen Tagewerk hatte er genugsam Muße, seine Not zu überdenken. Und als er einst so dalag — das graue, müde Haupt an den heiligen Berg gepreßt, da schrie in ihm der Hunger seiner acht Kindlein daheim, und Träne um Träne tropfte heiß auf die Erde. Aus der Erde aber kam ein Rauschen, so weit, so weiltremd — der heilige Berg öffnete sich. Eine der stillen Frauen kam in weißem Gewande und winkte dem erstaunten Hirten, der ihr widerstandslos in das geheimnisvolle Innere folgte. Die Klosterfrau aber sprach: „Sieh da, Georg, da sind viele Säcke mit Mehl. Nimm davon einen und laß deinen Kindlein Brot baden. Wenn du alles verbraucht hast — so komm wieder. Doch sage niemand — niemand von diesem Ort. Auch vor deinem Weibe schweige.“ Dann geleitete die Sonne den Hirten bis zum Ausgang. Der Berg schloß sich wieder.

Die Not im Hirtenhäuschen hatte ein Ende. Georg schwieg — sah glücklich seine blühenden Kinder, und wenn er am Heiligenberg seine kleine Herde führte, dachte er voll Dank der stillen, weißen Frau. Sobald sein Vorrat erschöpft war, klopfte er am Heiligenberg an — er öffnete sich jedesmal. Das Hirtenweib quälte den Mann mit hundert Fragen und törichtten Bitten — Georg aber schwieg.

Eines Tages aber, da der Hirte wieder im Dämmerbunde am heiligen Berge Einlaß begehrte, der Berg sich öffnete und er gerade eintrat, da rief das geängstigte Weib, das dem Mann heimlich gefolgt: „Georg, Georg!“

Der aber verschwand — der Berg schloß sich und öffnete sich nie wieder, ob auch das Weib flehend die Hände rang. . . . Still steht das Kreuz — einsam der Wald ringsum. Nur in tauigen Morgenstunden und an dämmerigen Abenden reden sie miteinander — in der Sprache der Stillen und Einsamen.

Vigilia.



## Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

„Mit berechtigter Sorge verfolgen wir die Entwicklung der Dinge im Saargebiet. Die Franzöisierung des Saargebietes schreitet in einem Umfange fort und wird mit Methoden durchgeführt, die nach unserer besten Ueberzeugung im Friedensvertrag keine Stütze finden.“

Die Wirtschaftsschwierigkeiten und Krisen, die dieses Vorgehen bisher schon heraufbeschworen hat, zeigen deutlich, daß auch hier wieder lebenswichtige Zusammenhänge übersehen oder jedenfalls nicht genügend beachtet werden.“

(Professor Dr. Lauscher in einer Zentrumsversammlung am 11. April 1922 in Köln.)

Wie diese

### Franzöisierung des Saargebiets

betrieben wird, ergibt sich aus einer Mitteilung des „Deutschen“, der wir folgendes entnehmen:

Herr Richert händigte an einen Gewerkschaftsbeamten, der ihm vorgekauft hatte, eine neue Arbeiterorganisation zu schaffen, um die bestehenden deutschen Organisationen zu zerschlagen, eine größere Geldsumme aus unter ausdrücklichem Verzicht auf eine Quittung oder sonstige schriftliche Empfangsbestätigung.

Der von Herrn Richert gutgeheißene Plan ging dahin, zunächst in den einzelnen Orten des Saargebietes Vertrauensleute zu gewinnen, die im Stillen den Gedanken der Gründung von katholischen Gewerkschaften verbreiteten. Die gewonnenen Vertrauensleute sollten vorerst unabhängig voneinander wirken, bis mit einem Schlage im ganzen Saarbecken das Verlangen nach katholischen Gewerkschaften öffentlich erhoben wurde. Von dieser Methode erwartete Herr Richert die stärkste Wirkung. Den Gedanken der Bildung einer neuen, spezifisch saarländischen Gewerkschaftsbewegung lehnte Herr Richert ab. Es kam ihm darauf an, die christlichen Gewerkschaften am meisten zu treffen, und dazu schien ihm die Gründung von katholischen Gewerkschaften am geeignetsten. Die „freien“ Gewerkschaften haben sich nach der Auffassung des Herrn Richert „den Verhältnissen im Saargebiet bereits viel besser angepaßt wie die christlichen.“ Insbesondere ist Herrn Richert der Widerstand der christlichen Gewerkschaften gegen die Einführung des Franks im Saargebiet aufgefallen. Solches könne nur darauf zurückzuführen sein, daß die christlichen Gewerkschaften vollständig unter dem Einfluß rechtsrheinischer Kreise ständen. Das Deutsche Reich bricht nach Meinung des Herrn Richert wirtschaftlich doch bald zusammen (nur infolge der französischen Erpressungen — Frankreich würde in diesem Falle aber sehr bald nachfolgen. Die Schriftl.) und als Menschenfreund (nachdem er Hunderte von Saarländern mit Hilfe seiner Spitzel-, Denunzianten- und Verrätergarde aus dem Saargebiet ausgewiesen und sie in Not und Existenzschwierigkeiten gebracht hat!) möchte er die saarländische Arbeiterschaft vor dieser Katastrophe bewahrt wissen. Alle die, die praktische Durchführung des Versailler Friedensvertrages im Saargebiet gefährden (deshalb richtet sich unser Kampf gegen das System Richert und das Regime Kault, wir gehen also durchaus einig, Herr Richert. D. Schriftl.) müßten bekämpft werden. Ein besonderes Interesse zeigte Herr Richert an der Bekämpfung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und dessen Bezirksleiter Kuhnen.

Nicht uninteressant ist die Tatsache, daß Herr Richert in ganz Deutschland umherreist, um für seine „Arbeit“ zweckdienliche Informationen einzuholen.

Trotz der Höhe des Betrages, den Herr Richert für die Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften auswarf, zeugt es von der offensichtlich von den französischen Propagandisten geübten Vorsicht, daß das Propagandageld nur ratenweise, und zwar erst nach Erstattung eines Berichtes über die seitherigen Arbeiten zur Auszahlung kam.

### „Demokratische Freiheiten“ im Völkerbundsland

verrät folgender Erlaß der Regierungskommission:

Reg.-Kommission des Saargebiets.  
Öffentl. Arbeiten, Eisenbahnwesen,  
Post- und Telegraphenwesen.  
P. 7 I. Nr. 302.

Saarbrücken, den 12. 4. 22.

Im Laufe der letzten Wochen wurde die Regierungskommission auf die Haltung gewisser Beamten durch deren Teilnahme an öffentlichen Kundgebungen aufmerksam. Diese Kundgebungen waren entweder gegen fremde Mächte oder gegen die Regierungskommission gerichtet und hatten einen kaum verhohlenen, herausfordernden Charakter.

Diese Zwischenfälle sind allein schon aus der Erwägung heraus, daß sie zu Gegenkundgebungen Anlaß geben könnten, geeignet, die öffentliche Ordnung und Ruhe im Saargebiet zu stören. Es ist unter keinen Umständen angängig, daß Beamte, die der Regierungskommission den Treueid geleistet haben, an dergleichen Kundgebungen teilnehmen, die sich mit der Würde, die ein jeder Beamte zu wahren die Pflicht hat, keinesfalls vereinbaren lassen.

Sie wollen den Ihnen untergebenen Beamten erneut die Zurückhaltung ins Gedächtnis rufen, die ihnen ihre Eigenschaft als Beamte der Regierungskommission auferlegt und ferner darauf aufmerksam machen, daß gegen diejenigen Beamten, die entgegen den hierüber ergangenen Anweisungen sich dennoch zur Teilnahme an den oben geschilderten Kundgebungen hinreißten lassen, auf dem Disziplinarwege vorgegangen wird.

Der Regierungskommissar.  
Name.

Damit werden die Postbeamten der Völkerbundsregierung mit freizeitlichem Geiste erfüllt. Man gibt ihnen außerdem eine neue Uniform, angeblich ähnlich der der Polizeibeamten.

### Die neuesten Saarbriefmarken!

sind in einigen Werten (5, 10 und 15 Centimes) soeben in Verkehr gegeben worden. Was Entwurf und Ausführung betrifft, so sind sie den bisherigen Ausgaben vollkommen ebenbürtig, d. h. plump und geschmacklos. Auf diese Sorte „Kunst“ brauchen sich ihre Erfinder wahrhaftig nichts einzubilden.

Ueber die weitere Vortrennung des Saargebiets vom übrigen deutschen Wirtschaftsleben durch

### Errichtung eines saarländischen Postschekamtes

haben wir schon früher berichtet. Jetzt soll diese Vortrennung mit dem 15. Mai vor sich gehen.

Die Oberpostdirektion des Saargebiets sendet zurzeit an die Inhaber eines Postschekontos Formulare mit der Anfrage, ob sie sich bei dem am 15. Mai in Saarbrücken zu errichtenden Postschekamt ein Konto (Frank oder Mark bzw. beides) einrichten lassen wollen.

Die „Volksstimme“ sagt dazu: Welchen Motiven diese neue Maßnahme untrer saarländischen Autokratie entspringt, das zu raten ist nicht schwer: man schneidet auf diese Weise wieder einen Nerv durch, der das Wirtschaftsleben des Saarvolkes mit dem Mutterlande lebenswichtig verbindet. Die Trennung wird trotz entschiedenen Abtraten der maßgebenden Vertretung des saarländischen Handels und der Wirtschaftskörper vollzogen. Eine neue bewußte Inwiderrspruchsetzung der Reg.-Kom. mit den Interessen und dem Wohl der Bevölkerung, zu deren Pflege und Förderung die Reg.-Kom. nach dem Vers. Tr. verpflichtet ist. Um allem ungeheuerlichen Treiben aber die Krone aufzusetzen, wird beabsichtigt, nach einer Uebergangszeit sogar den Postschekverkehr nach dem deutschen besetzten und unbesetzten Gebiet zu untersagen. In welcher lähmender Weise diese allen wirtschaftlichen Saargebietsinteressen Hohn sprechende Maßnahme sich im gesamten heutigen rege pulsierenden Handels- und Verkehrsleben bemerkbar machen wird, kann sich jeder halbwegs Denkende vorstellen. Wir konstatieren hier wieder, daß die Regierungskommission fortgesetzt ohne Befragung des Volkes, gegen den ausgesprochenen Volkswillen Friedensvertragsverletzende Maßnahmen angeordnet hat im Interesse lediglich der langsamen und methodisch sicheren Ueberführung des Saargebiets, seines Handels und Wandels und seines Volkes in französische Hände.

Das Postschekamt soll in Saarbrücken, St.-Johanner- Ecke Sophienstraße, untergebracht werden.

Besonders durchsichtig sind die Franzöisierungsbestrebungen der Saarregierung in einer Anzeige in pfälzischen Blättern. Dort sucht sie bzw. die Direktion des Landestrankenhauses in Homburg gegen

### Frankenlöhnung

Handwerker. Warum nimmt man diese nicht aus Homburg oder aus dem übrigen Saargebiet? fragt die Homburger Zeitung. Die Antwort lautet, weil die Regierungskommission hofft, neue schwankende Gestalten ins Saargebiet zu ziehen als Ersatz für die rüdgratfesten Herausgedrängten!

Wie wir in unserer Nr. 6 berichteten, hat

### die Bevorzugung französischer Personen bei der Wohnungszuweisung

Anlaß zu Anfragen in der Saarbrücker Stadtverordneten-Versammlung und zu dauerndem Unwillen in der Bevölkerung des Saargebietes gegeben. In der Presse wurden im Anschluß daran



verschiedene Fälle mitgeteilt, in denen Franzosen ohne amtlichen Charakter in bevorzugter Weise Wohnungen zugewiesen erhalten hatten. Auch die Wohnungsangelegenheit des Herrn Carrière, des aus bestimmten Gründen in Ungnade gefallenen früheren Generalsekretärs der Regierungskommission, wurde bei dieser Gelegenheit besprochen. Herr Carrière „berichtigte“ zwar die Angaben, bestätigte damit aber nur, daß ihm seinerzeit als Regierungsbeamter rechtmäßig bevorzugt eine Wohnung zugewiesen wurde, die er dann aber nach seinem Ausscheiden aus der Regierung nicht etwa seinem Nachfolger überließ, sondern sie behielt, während für diesen eine weitere Wohnung zum Nachteil der eingewiesenen Bevölkerung beschlagnahmt wurde. Ein solches Verfahren kann selbstverständlich nicht als fair bezeichnet werden. Aber auch die französische Bergverwaltung glaubt sich über jede Wohnungsverordnung hinwegsetzen zu dürfen, was durch folgenden Fall erwiesen wird, den die „Saarbrücker Zeitung“ mitteilt: Kürzlich wurde dem Inhaber einer aus drei Zimmern und einer Küche bestehenden Wohnung hier in Saarbrücken der „Beschluss“ schriftlich unterbreitet, daß die Wohnung für die Bergwerksdirektion zur Benutzung für einen Beamten dieser Verwaltung beschlagnahmt worden sei. Unterschieben war das Schriftstück von dem „Chef du Service du Personnel“, Mitglied der Zentralkommission R. Denert. Es handelt sich hier wohl-gemerkt um eine Wohnung, die von der Beschlagnahme noch nicht erfaßt war und für die daher das in der Verordnungs vorgeschriebene Verfahren vor der Beschlagnahme hätte in Anwendung kommen müssen. Gleichlautende Beschlüsse in französischem und deutschem Text sind auch anderen Wohnungsinhabern von der Bergwerksdirektion zugestellt worden. In einen der uns zu Ohren gekommenen Fälle ist sogar einem Herrn, der bereits ein möbliertes Zimmer inne hat, eine Zweizimmerwohnung eingeräumt worden zu dem Zweck, sich den Haushalt durch eine Hausdame führen zu lassen. Die Bergwerksdirektion beschlagnahmt also einfach Wohnungen, ohne sich an die Bestimmungen der Verordnung zu halten.

Aber auch seitens der Regierungs-Kommission oder wenigstens seitens der ihr unterstellten Organe sind in einer Reihe von Fällen Wohnungen beschlagnahmt worden, ohne die Verordnung zu beachten. Der Vertreter des Herrn Dir. Delsau, Herr Dr. Bigier, ist selbst bei Wohnungsinhabern vorgefahren und hat ihnen den „Befehl“ übermittelt, die Wohnungen an bestimmte Mieter abzugeben, ohne das eine Befragung oder Entscheidung der Zentralkommission vorzuziehen hätte.

Das Verfahren des Herrn Dr. Bigier und erst recht das Vorgehen der Bergwerksdirektion verstößt gegen die klaren Bestimmungen der Verordnung. Da diese Verstöße sich aber gegen eingewiesene Saarbewohner richten, sieht die Regierungskommission keinen Anlaß zum Einschreiten.

#### Die Klagen über schlechte Behandlung der Bergarbeiter

durch die Vorgesetzten auf den Gruben nehmen ständig zu. In einer Konferenz der Vertrauensleute der Grubenmetallarbeiter des Saargebiets wurde darüber manches gesagt. Langsam blühe das System der Bevorzugung einzelner mit seinen üblen Begleiterscheinungen wieder auf. Die Klagen über ungerechtfertigte Verlegung usw. waren zahlreich. Es wurde einstimmig folgende aus den Reihen der Konferenzteilnehmer eingebrachte Entschließung angenommen: „Die Konferenz der Vertrauensleute der im Christlichen Metallarbeiterverband organisierten Werkstattarbeiter, Maschinisten und Heizer der Saargruben bedauert es außerordentlich, daß die Tarifverhandlungen mit der Bergwerksdirektion gescheitert sind. Die Konferenz fordert die in Frage kommenden Instanzen und Behörden, Verwaltungsrat und Oberbergamt auf, darauf einzuwirken, daß die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen werden und daß durch ein Eingehen der Bergwerksdirektion auf die berechtigten Wünsche der Belegschaft, besonders auch der Grubenmetallarbeiter ein Tarif geschaffen wird, der den heutigen Teuerungsverhältnissen Rechnung trägt.“

Insbefondere bedarf die Frage der nicht nur die Produktion erheblich verteuern, sondern auch den Absatz erschwernenden, Industrie, Handel, Gewerbe sowie die allgemeine Bevölkerung belastende Kohlensteuer einer gewissenhaften Nachprüfung bezw. Neuregelung. Die Konferenz protestiert gegen die auf vielen Gruben immer mehr sich ausdehnende, scharfe Behandlung der Arbeiterschaft und betont, daß trotz der politischen Entrechtung der Arbeiter sich immer noch als freier Mensch, als Subjekt, und nicht willenloses Objekt im Saarbergbau fühlt. Besonders legt die Konferenz Verwahrung ein gegen die zum Teil vollständig unbegründete und überflüssige Verlegung von Handwerkern, Heizern und Maschinisten unter Tage, zum Teil vor den Stöß. Die Konferenz erwartet, daß die Verwaltung den begründeten, von den Organisationen als berufene Vertreter der Arbeiterschaft vorgetragenen Beschwerden der Belegschaft Rechnung trägt, auf Abstellung der Mißstände hinarbeitet und so ebenfalls zur Erhaltung des momentan durch das Verhalten der Verwaltung schwer bedrohten Friedens auf den Saargruben mitwirkt.

#### Aus dem Saarwirtschaftsleben.

**Neue saarländische Aktiengesellschaften.** Zur Herstellung chemisch-technischer Produkte wurde in Saarbrücken die Scheben & Feller A.-G. mit 6 Millionen Mark Kapital gegründet unter Beteiligung der Landesbank des Saargebietes und der Firma Herz Söhne in Saarbrücken. — Die Vereinigten Saarbrenner A.-G. in Saarbrücken werden mit 2 Millionen Mark Aktienkapital von den Firmen Kemp Nachfolger A.-G. Stettin, Alphonse Chic in Kolmar, C. A. F. Kahlbaum in Berlin und der Loeb A.-G. für Spirituosen in Trier gegründet.

#### Aus Handwerk, Handel und Gewerbe.

**Streit im Saarbrücker Zeitungsgewerbe.** Infolge Lohndifferenzen zwischen Gehilfenschaft und der Firma Gebr. Hofer A.-G. in Saarbrücken legte die erstere die Arbeit nieder. Da das Vorgehen der Gehilfen als Tarifbruch aufgefaßt wurde, erklärten sich sämtliche übrigen Verleger des Saargebiets, abgesehen von dem französischen und dem sozialdemokratischen Blatt, mit der bestreikten Firma solidarisch, so daß die gesamten Zeitungen des Saargebietes, abgesehen von den beiden Blättern, acht Tage nicht erschienen. Schließlich kam es auf dem Boden der Tarifgemeinschaft zu einer Einigung.

**St. Ingberter Volksbank.** Der der diesjährigen Generalversammlung vorgelegte Geschäftsbericht besagt, daß sich das Institut im abgelassenen Geschäftsjahr weiter außerordentlich günstig entwickelt hat. Die Umsätze stiegen von 936 Mill. M. auf 1676 Mill. M., die Anlagen von 23 Mill. M. auf 37 Mill. M. Es kam ein Reingewinn von 226 000 M. als Dividende von 8 Proz. zur Auszahlung. Die statutengemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt.

**Die Ehrhardt u. Schmeier-Aktien,** die kürzlich zum offiziellen Börsenverkehr an der Frankfurter und Kölner Börse neu eingeführt wurden, fanden Anfang April stürmische Nachfrage. Verlangt waren in Frankfurt zur ersten Notiz über 20 Mill. M., also mehr als das gesamte Aktienkapital. Die Kurse gingen daher zunächst auch sprunghaft in die Höhe, um dann allmählich einen ungefähren Durchschnittskurs von etwa 520 zu halten.

#### Aus der Saarindustrie.

**Zur Geschäftslage der Saarindustrie.** Wie die „Saarb. Landesztg.“ aus großindustriellen Kreisen erfahren hat, ist die Beschäftigung auf den Saarbüttenwerken zurzeit immer noch reger. Die Zahl der neu eingehenden Aufträge ist jedoch bedeutend zurückgegangen, eine Tatsache, die die größte Beachtung verdient. Als Ursache der flau gewordenen Nachfrage wird sowohl die Konferenz von Genua mit ihrem noch ganz unsicheren Ausgang, von manchen aber auch die allmählich wirksam werdende Reaktion auf die bisherige Auftragswut bezeichnet.

In der Pfalz-Saarbrücker Hartstein-Industrie sind sämtliche Steinbrucharbeiter in den Streik getreten. Die Firma soll beabsichtigen, für ihre Arbeiter und Angestellten im Saargebiet den Frankenhohn einzuführen, um den dauernden Streiks ein Ende zu machen, so berichtet wenigstens das Saarbrücker Frankosenblatt.

#### Aus dem Saarbergbau.

Mit der Frage der Aufhebung der Kohlensteuer beschäftigte sich der Schutzverein für Handel und Gewerbe, der in einem Artikel im „Saarhandel“ darauf hinweist, daß nach den Errechnungen der Regierungskommission im abgelassenen Steuerjahre, der Frank mit nur 10 Mark berechnet, an Kohlensteuer auf den Kopf der Bevölkerung berechnet 714 Franken = 7140 Mark eingegangen. Ein Fortfall dieser Steuer, wie ihn die Bergarbeiter anregen, würde nach dem „Saarhandel“ möglicherweise einen weiteren Lohnabzug der Bergleute vorübergehend aufhalten, im gleichen Augenblick aber zu einem Lohnabzug bei der gesamten Saarbevölkerung einschließlich der Bergarbeiter führen durch eine Vervielfachung der Steuerlast.

**Immer wieder Feierschichten.** Die Saarbergleute haben durch die Feierschichten, die in der letzten Zeit eingelegt wurden, einen merklichen Lohnabbau erhalten. Hier und da wurden auch schon Stimmen laut, daß der Lohn der Saarbergleute abgebaut würde. Die Bergarbeiterorganisationen vertreten den Standpunkt, daß der Lohn unter den gegebenen Verhältnissen unter keinen Umständen abgebaut werden könne, besonders da noch nicht alle Möglichkeiten zur Verbilligung der Saarkohle erschöpft seien. Die ersten Feierschichten sind bereits wieder eingelegt worden und für den Monat Mai stehen weitere Feierschichten in Aussicht; der erste Mai beginnt mit einer Feierschicht wegen Mangels an Absatz.

**Ermäßigung der Saarkohlenpreise.** Nach der „Rheinisch Westfälischen Zeitung“ beträgt die Ermäßigung der Saarkohlenpreise für April gegenüber dem Vormonat 4 Franken für Flammwürfelkohle, 2 bis 3 Franken für Stückkohle, 2 bis 3 Franken für Rußkohle, 1 Franken für Steinkohle — aber trotzdem wegen Absatzmangel Feierschichten.

**Die Kohlenförderung** im Januar und Februar d. J. betrug 863 292 Tonnen, bezw. 888 184 Tonnen. Die Koksproduktion belief sich im Januar auf 20 828 Tonnen, im Februar auf 19 839 Tonnen.



## Kleine Tageschronik.

### Der Ruckuck ruft!

Als ich noch mit meinem alten Freund, dessen Herz in der Natur weit aufging und der sich über jedes kleine Naturwunder herzlich freuen konnte wie ein Kind, die schöne Saarregion durchstreifen durfte, erzählte er mir eines Tages, daß der Ruckuck sich in den Saarwäldern pünktlich am 14. April einfände und dort allen, die es noch nicht wissen sollten, es noch nicht verspürt haben, durch seine frohen Rufe zu künden, daß der Frühling wirklich da ist! Ich hatte zwar so eine Ahnung, daß der Ruckuck sich im Monat April bei uns einfindet, stand aber der Erklärung meines Freundes, daß er sich genau an den Tag halte, etwas skeptisch gegenüber. Wir haben uns dann Jahr um Jahr im Grumbachtal, im St. Johanner Wald oder droben im Giffert- oder Pfaffenwald davon überzeugt, daß der Ruckuck tatsächlich kalendermäßig sein „Ruckuck — Ruckuck“ in den Saarwäldern hören läßt. Auch in diesem Jahre ist der Ruckuck wieder pünktlich im Saarwald eingetroffen. Die „Homburger Zeitung“ stellt in ihrer Nummer vom 15. April fest, daß man am Tage vorher im Kammerforst (bei Homburg) seinen Ruf zum ersten Male in diesem Jahre hörte. Die Saarheimat legt wieder ihr Frühlingskleid, ihren Frühlingszauber an. Wir, die wir durch brutale Macht und Rechtsbruch aus unserem Saartal vertrieben sind, können nur in Wehmut der Zeiten gedenken, da wir noch durch seine Wälder und Fluren wandelten und den Ruckuck rufen hörten...

**Saarbrücken.** Wie die Saarpresse meldet, ist es gelungen, die Berliner Staatsoper für einige Gastspiele im Saargebiet zu gewinnen. Teilnehmen hieran werden nur die ersten Künstler der Staatsoper. Das Orchester besteht aus den 12 besten Solokräften des Opernorchesters. — Gegenwärtig erregt in der Galerie van Hees eine Kreuzigungsjene des hiesigen Kunstmalers Wenkel, in moderner Manier durchgeführt, Aufmerksamkeit. Daneben haben namhafte Münchener und Düsseldorfer Künstler ausgestellt. — Die älteste Buchhandlung Saarbrückens, die Buchhandlung Bock & Sepp (jetziger Inhaber D. Heinrich), konnte auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken. — Am Palmsonntag fand die Weihe von vier neuen Kirchenglocken der katholischen Pfarrgemeinde St. Jakob in Alt-Saarbrücken statt, die von der Glockengießerei Mabilon-Hausen in Saarburg geliefert wurden. — Am Ostermontag wurde von der katholischen Pfarrgemeinde St. Johann in dem neu hergestellten Kath. Vereinshause eine Eröffnungsfeierlichkeit für die katholischen Vereine veranstaltet. Das Haus in der Mainzer Straße heißt jetzt „Johannishof“. — Der Neubau des Union-Theater ist bis zur Vollendung des Rohbaues gebiehn, so daß vor einigen Tagen das Richtfest gefeiert werden konnte. Der Bau, der an die Ufergasse gestellt ist, bekommt durch eine geräumige Passage, die auf Massenandrang berechnet ist, den Hauptzugang von der Dudweiler Straße. Der Saal hat eine Breite von 27,5 Meter einschl. des Wandelganges und eine Länge von 34 Meter. Er bietet 1100 Personen bequeme Sitzplätze.

Die kühnste Konstruktion ist die Ueberspannung des ganzen Saales mit einer Eisenbetondeckung, welche durch ihre eigenartige Form der Technik eine ganz besonders schwierige Aufgabe stellte. Es ist die erste bestehende Konstruktion dieser Art. Sie wurde von der Firma Dyckerhoff u. Widmann A.-G. unter Oberaufsicht des Prof. Rühl von der technischen Hochschule Darmstadt ausgeführt. Sie hat ein Gewicht von rund 7000 Zentner; zu ihrem Bau wurden verwandt zirka 80 000 Kg. Rundstahl, 8000 Sack Zement, 500 000 Schlackensteine und zirka 1300 Kbm. Kies. Das Vorderhaus, welches die reftliche Front der Dudweilerstraße von Bahnhofstraße bis Brücke und an der Saar entlang einnehmen soll, ist bereits im Plan festgelegt. Der Bau wird durch eine Aktiengesellschaft finanziert und soll Läden, Börsensaal, Ausstellungsräume, ein erstklassiges Weinrestaurant, Konferenzzimmer und viele Bureaus usw. enthalten. Die Ede ist als Hochhaus geplant. Auf diese Weise wird die Brandmauer des Theaters an der Dudweilerstraße zugebaut. — Das in der Bahnhofstraße gegenüber der Bergwerksdirektion belegene Hotel Korn soll einem umfassenden Umbau zu einem modernen großstädtischen Hotelbetriebe unterzogen werden. Das Gebäude soll zu diesem Zwecke auf sieben Stockwerke erhöht werden, so daß es das benachbarte Zigsche Haus überragt. Außer 100 komfortabel eingerichteten Zimmern mit fließendem Wasser (kalt und warm), Telephonanschluß usw. werden Konferenz- und Ausstellungszimmer genügend vorhanden sein. — Durch das anhaltende Regenwetter der letzten Wochen führte die Saar vorübergehend Hochwasser. Der höchste Pegelstand zeigte 5,28 Meter an. Die Talniederungen waren überschwemmt. Der von der Stadt organisierte Warnungsdienst (Hochwassertafeln mit Wasserstandsangabe) funktionierte besser als früher. — Ein Großfeuer entstand in der früheren Essigfabrik Ede Kanal- und Kronprinzenstraße. Das Feuer richtete in den dort lagernden Vorräten einer Postwarenfabrik großen Schaden an. Er geht in die Hunderttausende. Die Feuerwehr

hatte 3 Stunden zu tun, um den Brand zu löschen. — Der Kellner eines Restaurants fand beim Aufräumen eines Tisches eine Akttenmappe mit Geschäftspapieren und 27 000 Mark Bargeld. — Wie die Polizeidirektion mitteilt, haben die Schiebereien, besonders von Artikeln des täglichen Bedarfs in der letzten Zeit ganz bedeutend nachgelassen, was wohl auf die äußerst scharfe Kontrolle und das feste Zupacken der Polizei zurückzuführen sein dürfte. In den Tagen der „Hochkonjunktur“ wurden bis zu 70 Personen mit für den Schmuggel bestimmten Waren festgenommen.

**Altentessel.** In der Nacht zum 13. d. M. wurden bei dem Kaufmann Stern durch Einbruch Stoffe im Werte von 100 000 M. gestohlen.

**Spiesen.** Das neu zu errichtende Bürgermeistereigebäude wird, wie verlautet, auf der Kuppe des Galgenberges seinen Platz finden. — Das Gasthaus Ruffing in der Hauptstraße wurde ertheilungshalber verkauft und ging zum Preise von 470 000 M. in den Besitz des Herrn Berg aus Elversberg über.

**Elversberg.** Die Zunahme der Bevölkerung Elversbergs in der Zeit vom 1. Dezember 1875 bis 1. Dezember 1910 beläuft sich auf 3887 Seelen. Sie macht 161,42 Prozent aus. Diese Bevölkerungszunahme Elversbergs in den 35 Jahren von 1875 bis 1910 entspricht fast genau der Zunahme der Bevölkerung des Deutschen Reiches in der Zeit von 1816 bis 1910 (94 Jahre!), die 161,45 Prozent beträgt.

**Schwalbach.** Der Weltkrieg, der auch vor unserem Gotteshaus nicht halt gemacht, hatte unsere drei schönsten und größten Glocken genommen. Im vorigen Jahre tauchte der Plan auf, neue Glocken zu beschaffen. In kurzer Zeit wurden durch freiwillige Sammlungen über eine Viertel Million Mark in der fast nur aus Arbeitern bestehenden Pfarrei aufgebracht. Am Palmsonntag wurde die Weihe der Glocken vorgenommen, bei der eine weitere Sammlung, 36 000 M., einkam, so daß, von Kleinigkeiten abgesehen, die vier Glocken glatt bezahlt sind.

**Saarlouis.** Eine landwirtschaftliche Ausstellung in Saarlouis soll nach einem Beschluß der Hauptversammlung der landwirtschaftlichen Lokalabteilung im September in Saarlouis stattfinden. — Für die Gedenktafel für unsere gefallenen Mitbürger wurden durch Listensammlung in diesen Tagen 18 000 M. aufgebracht. Für die Glocken von Saarlouis gingen 2755 M. ein.

**Merzig.** Der Beschluß des Gemeinderats auf Besteuerung der Wechselstuben hatte einen Streik der betreffenden Wechselgeschäfte zur Folge. Der Vorstand des Schutzvereins für Handel und Gewerbe will eine Vermittlung zwischen Stadt und Banken in die Wege leiten. — Die Rieff und Bauer'sche Fabrik ist in den Besitz eines Saarbrücker Finanzkonsortiums übergegangen und soll zu einer Zementfabrik umgestaltet werden.

**Saarwellingen.** Der Hilfsausschuß für Saarwellingen gibt jetzt einen Bericht über seine Tätigkeit. Die Sammlung für die Hinterbliebenen des Unglücks erbrachte 1504 846 M. Als erste Zuwendung zur Deckung der dringendsten Bedürfnisse wurden 36 000 M. ausbezahlt, als Weihnachtsgabe an Schwerverletzte und Hinterbliebene 69 500 M., ferner am 16. Januar 81 800 M. und am 30. März d. J. 100 862 M. Die Zahl der zu versorgenden Witwen beträgt 6, der Waisen 16, der Eltern, die den Haupternährer verloren haben, 5, der Schwerverletzten, die im Krankenhaus untergebracht werden mußten, 11, der Verletzten außerhalb des Krankenhauses 28.

Wie wir erfahren, werden demnächst auch von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ 100 000 M. zur Ueberweisung kommen.

**St. Ingbert.** Die vorläufigen Resultate der Volkszählung liegen jetzt vor: einschließlich Schnappach zählt unsere Stadt 19 300 Einwohner.

**Homburg.** In einigen Gehöften der Stadt Homburg ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

**Mittelbergbach.** Die hier vor etwa einem Jahr begonnenen Arbeiten zur Errichtung der elektrischen Licht- und Kraftanlagen schreiten rüstig ihrer Vollendung entgegen. — Im nahen Wellesweiler wurde dieser Tage durch einen Hund in der Nähe des Ortes die Leiche eines etwa drei Tage alten Kindes, die in einen Sack eingewickelt war, aus dem Boden gescharrt. Dem kleinen Wesen war ein Arm ausgerissen. — Die seinerzeit auf der Kohlenwäsche und Verladestation der Grube Frankenholz verkübten Kohlen-schiebungen standen am 7. v. M. vor dem Landgericht Saarbrücken zur Verhandlung. Angeklagt waren der aus der Untersuchungsvorgeschichte frühere Bahnverwalter Fr. L. und drei Arbeiter der Kohlenwäsche. Die Angeklagten wurden als schuldig befunden und verurteilt, Fr. L. zu drei Jahren Gefängnis unter Bewilligung von zwei Jahren Bewährungsfrist und Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft, so daß derselbe noch acht Monate zu verbüßen hat. Die übrigen Angeklagten wurden ebenfalls zu Gefängnisstrafen mit Zubilligung von Bewährungsfrist verurteilt.



## Schule und Kirche.

Drei Landesstudienanstalten sind mit dem neuen Schuljahre als höhere Lehranstalten errichtet worden, und zwar in Merzig für katholische Knaben, in Ottweiler für evangelische Knaben und in St. Wendel für katholische Mädchen. In sechs Schuljahren wollen sie ihre Zöglinge zur vollen Universitätsreife führen. Die neue Anstalt ist nicht, wie es in einer Mitteilung des Lehrerseminars St. Wendel heißt, als Lehrerbildungsanstalt gedacht, sondern soll eine neuzeitlichen Ansprüchen genügende Allgemeinbildung vermitteln, die allerdings gleichzeitig auch die beste wissenschaftliche Vorbereitung auf den Lehrerberuf ist. Zwei Bestimmungen für die neuen Anstalten lassen die Väter dieser Neugründung erkennen: Das fremdsprachliche Studium wird sich auf die pflichtmäßige gründliche Erlernung des Französischen beschränken, eine zweite fremde Sprache wird Wahlfach sein. Diejenigen Schüler, welche im Saargebiet Lehrer werden wollen, erhalten ihre Allgemeinbildung auf der Landesstudienanstalt oder auf einer beliebigen höheren Lehranstalt.

**Neue Lesebücher in den Volksschulen.** In der Saarpresse findet sich folgende Mitteilung: Da mit Beginn und während des Schuljahres 1922/23 andere Lesebücher zur Einführung gelangen, so ist von der Beschaffung neuer Lesebücher bei Klassenwechsel abzusehen. (Wir haben ja schon früher darauf hingewiesen, daß die für das Saargebiet bestimmten neuen Lehrbücher in Paris durchgesehen werden.)

**Das Weiterbestehen des Kable-Byzums in Saarbrücken** sollte nach vielfach umlaufenden Gerüchten in Frage gestellt, ja sogar die Auflösung desselben beschlossen sein. Wie die „Saarbr. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind diese Gerüchte falsch.

Die Beratungen zum Berufsschulgesetz für das Saargebiet ergaben eine derartige Einschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Stadt Saarbrücken, daß der Vertreter der Stadt die Erklärung abgab, die Stadt habe kein Interesse weiter an dem Zustandekommen des Gesetzes.

Auf die Notlage der pensionierten Lehrer und Lehrerwitwen in der Saarpfalz wurde die Regierungskommission des Saargebietes und der bayerische Staatskommissar für die Saarpfalz durch die zuständige Organisation hingewiesen und der dringende Antrag auf baldige Abhilfe gestellt.

Für den Neuaufbau der evangelischen Kirche in Völklingen, die bekanntlich durch Feuer schwer beschädigt wurde, wurden in der letzten Woche Sammlungen durchgeführt.

**Pfarrerwahl in Neunkirchen.** Bei der kürzlich getätigten Pfarrerwahl in Neunkirchen für den ausgewiesenen Pfarrer Vogel wurde Pfarrer Teske, zurzeit in Rosbach a. d. Sieg, gewählt.

## Personalnachrichten.

### Otto Hue †.

Am 18. April ist im Essener städtischen Krankenhaus Reichs- und Landtagsabgeordneter Otto Hue an den Folgen einer Lungenentzündung im 54. Lebensjahre gestorben. Der große, stattliche Westfale mit seiner treuherzigen, gefühlswarmen und temperamentvollen Art, die Menschen und Dinge zu sehen und zu behandeln, genoß weit über seine Partei- und Berufsgenossen hinaus das Ansehen eines tüchtigen, besonnenen Führers, und wer ihn einmal hat sprechen hören, dem ist es klar, daß von seiner Persönlichkeit breite und tiefe Wirkung ausgehen mußte. Wenn Hue sich mit dem Los seiner Kameraden, der Bergarbeiter, zu beschäftigen hatte, dann lebte in seinen Reden nicht nur das Feuer des unerschrockenen Kämpfers für Recht und Freiheit, man spürte darin auch die besorgte Mahnung und Warnung, den Appell ans Volksgewissen, man fühlte die Wucht seiner Anklagen. In langsamem Anstieg hat der Lebensweg Otto Hues von der Mühseligkeit eines einfachen Arbeiterdaseins bis in die verantwortungsreiche Stellung eines Mannes von internationaler Autorität für Bergarbeiterfragen geführt. Er war einer der besten Kenner bergbaulicher Fragen und des Bergarbeiterschicks. Sein zweibändiges Werk „Der Bergarbeiter“ ist die beste Geschichte der Arbeiterverhältnisse im Bergbau, die bisher existiert. Seine lange Abgeordnetentätigkeit im Reichs- und Landtag, seine einjährige Arbeit im preußischen Handelsministerium, seine wichtige Stellung im Reichskohlenrat sind gewiß äußere Zeichen für die hohe Einschätzung, die man der Sachkenntnis Otto Hues entgegenbrachte.

Auch das Saargebiet und der „Saar-Berein“ betrauern den Tod dieses aufrechten deutschen Mannes. Noch in den letzten Wochen seines Lebens trat er in warmer und energischer Weise für die Interessen des Saargebietes ein gelegentlich der Saar-Interpellation im Preußischen Landtag. Mit großem Interesse verfolgte Hue die Entwicklung des Bergbaues und der Bergarbeiterschaft an der Saar seit der Ueberleitung der Saargruben an Frankreich. Vor wenigen Monaten ist er in der Revierkonferenz des Deutschen Bergarbeiterverbandes für das Saargebiet für die Interessen der Saarbergarbeiter eingetreten. Die Saarregierung verweigerte allerdings Otto Hue die Einreise, weshalb die Revierkonferenz außerhalb des Saargebietes, nämlich

in Waldmohr stattfinden mußte. Also bis in die letzten Tage seines Lebens hat er die Vorgänge im Saargebiet aufmerksam verfolgt. Der Name Hue wird daher mit dem Saargebiet verbunden bleiben, so lange es dort deutsche Bergarbeiter gibt. Seine treue Mitarbeit an der Vinderung der Not des Saargebietes wird daher wie in der Saarbevölkerung, so auch in unserem „Saar-Berein“ nicht vergessen werden.

**Studiendirektor Dr. Kramm †.** Aus Köln kommt die Trauernachricht, daß Studiendirektor Geheimrat Dr. Kramm am 4. April nach langem, schwerem Leiden gestorben ist. Viele der Saarlouiser Mitbürger werden sich des stattlichen und aufrechten Mannes erinnern, der um die verflossene Jahrhundertwende das Saarlouiser Progymnasium zu einem vollständigen Gymnasium ausgebaut hat, das zu Ostern 1902 seine ersten Abiturienten ins Leben entließ. Direktor Kramm hat dann noch bis zum Jahre 1907 an der Spitze unseres Gymnasiums gestanden, um dann einem ehrenvollen Ruf als Leiter des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums in Köln zu folgen. Dort wie in Saarlouis hat Direktor Kramm seine ganze Arbeitskraft in den Dienst der Schule gestellt, vorbildlich als Leiter und Lehrer, ein Mann von tiefem Wissen und großer Menschenfreundlichkeit, die sein Andenken in Saarlouis bewahren werden.

**Superintendent Rold Ehren doktor der Theologie.** Dem Superintendenten der Synode Saarbrücken, Pfarrer Rold in Saarbrücken-Burbach ist durch einstimmigen Beschluß der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Bonn die Würde eines Ehrendoktors der Theologie verliehen worden. Die von dem Dekan der Fakultät, Geheimrat Ritschl, mit dem Amtssiegel der Fakultät unterfertigte Verleihungsurkunde nennt den durch diese seltene Ehrung ausgezeichneten Geistlichen — wir geben das lateinische Dokument in deutscher Uebersetzung — einen „verehrungswürdigen Diener des göttlichen Wortes, bewährten Kanzelredner, klugen Helfer in leiblichen und seelischen Nöten, der mit reicher Menschenkenntnis viele Jahre hindurch den Verband der Arbeitervereine an der Saar weisheitsvoll und mit großer Friedensliebe geführt hat, ein weitherziger, geachteter und vorurteilsfreier Mann in den Dingen des öffentlichen Lebens, ein erfahrener Führer des deutschen Protestantismus und ein tapferer, beharrlicher, geschickter Leiter der evangelischen Kirche an der Saar.“ Wir schließen uns der vorstehenden Würdigung der Persönlichkeit des Superintendenten Rold von Herzen an, der ein unermüdlicher Arbeiter auf sozialem Gebiet ist und sich erfolgreich auch im öffentlichen Leben betätigt.

**Von der Eisenbahn.** Ernannt wurden: Bahnverwalter Mathieu zum Vorstand des Personalbureaus Saarbrücken und Eisenbahnsekretär Jeyer zum Stellvertreter. Dem Eisenbahninspektor Kommlig in Saarbrücken wurden die Geschäfte des Vorstandes des Präsidialbureaus und dem Eisenbahnsekret. Neubach die Geschäfte als Stellvertreter übertragen. — Verlegt wurden: Eisenb.-Geh. Weyland von Hanweiler nach Saarbrücken, W.-Anw. Nolte von Püttlingen nach Saarbrücken (Wohlfahrtsabteilung der Eisenbahndirektion), Wagenaufseher Schuster von Hanweiler nach Saarbrücken Hof. — Belohnungen erhielten für Abwendung von Betriebsgefahren und Entdeckung von Schäden an Bahnanlagen: Schaffner-Anw. Mailänder, Lokomotivführer Spang und Heizer Wirth in Dillingen, Bahnhofsauferer Strauch in Nalbach, Rottenarbeiter Lesch und Bernardy in Primsweiler, Rottenführer-Anw. Marzen und Hilfsbahnwärter Hoffmann in Lebach, Bahnwärter Schneider in Lebach und Dell in Bilsdorf.

**Aus der Landesverwaltung.** Der Gewerkschaftssekretär der freien Bauernschaft des Saargebietes, Herr Kiefer, ist von der Saarregierung zum Gutsinspektor an der Landesheil- und Pflegeanstalt Merzig ernannt worden.

**Aus der Justizverwaltung.** Kanzleisekretär Mehger in Ottweiler wurde zum Registraturassistenten und der bisherige Kanzleidiätar Kottler vom Amtsgericht in Saarlouis zum Kanzeiasistenten beim Amtsgericht Ottweiler ernannt.

**Aus der Schulverwaltung.** Oberregierungsrat Dr. Colling wurde zum Mitglied und Vorsitzenden, Oberschulrat Dr. Lichtardt und Regierungsrat Conrad zu Mitgliedern des Verwaltungsbeirates bei der Abteilung für Kultus und Schulwesen ernannt. Als dienstälteste Beamte ihrer Kategorie gehören dem Verwaltungsbeirat an: a) als Mitglieder: der Direktor des Realgymnasiums in Neunkirchen, Geh. Studienrat Wernicke, der Direktor des Lehrerseminars Ottweiler, König, und Kreisschulrat Weber in Saarbrücken; b) als Stellvertreter: Oberstudienrat Jartz-Saarbrücken, der Direktor des Lehrerseminars in Merzig, Esser, und Kreisschulrat Hirk in Völklingen.

**Aus den Kommunalverwaltungen.** Zum kommissarischen Bürgermeister in Saarwellingen wurde der Bürgermeister Salzig von Rehlingen ernannt; die dadurch frei gewordene Stelle in Rehlingen wurde mit dem bisherigen Bürgermeisterseifekretär Thiel besetzt.

Sein 25 jähriges Priesterjubiläum begeht in diesem Monat Pfarrer Müller in Merzig.

**Verschiedene Personalnachrichten.** Obergeringieur Alfred Drieschner in Homburg hat dieser Tage seine Tätigkeit bei der Fa. Homburger Eisenwerke A.-G. aufgegeben, um einen ehrenvollen Direktorenposten in Bochum zu übernehmen. — Zum



Universitätsprofessor an der Universität in Würzburg wurde der Privatdozent für klassische Philologie Dr. Joseph Martin, ein Sohn des Bildhauers Martin in St. Ingbert, ernannt. — Ein Sohn des Hauptlehrers Kiefer in Scheidt, Kreissekretär Kiefer aus Wittlich ist zum Bürgermeister von Mandercheid (Eifel) gewählt worden. — Herrn Karl Heinz Schumacher, Mitglied vom Schwimmer- und des Ruderklubs Saar, wurde die silberne Rettungsmedaille mit Urkunde für Rettung zweier Menschen verliehen. Die Rettung erfolgte am 17. August bei einer Trainingsfahrt des Ruderklubs Saar oberhalb des Staden. — Dem ehemaligen Wachtmeister einer Jünger-Kompagnie Fritz Wilhelm in Elversberg ist laut Verfügung des Reichswehrministeriums vom 20. 2. 22 der Charakter als Leutnant verliehen worden. — Kaufmann Gabriel Scheuer in Saarbrücken, Inhaber des Vereins Kredit-Reform, ist im Alter von 78 Jahren an den Folgen der Grippe mit hinzugegetretener Lungenentzündung gestorben. Ueber ein Menschenalter führte er den Vorsitz des israelitischen Synagogenvorstandes. Mit ihm ist ebenfalls ein Mann dahingegangen, dessen Liebe zum Vaterlande sprichwörtlich war. Seine Hauptarbeit war gemeinnützigen Bestrebungen gewidmet. — Mit Wirkung vom 1. April wird der vormalige Vorstand der Landwirtschaftlichen Winterhülle Homburg, Ludwig Laubenstein, als Landwirtschaftsrat und Vorstand der neuerrichteten Landwirtschaftsstelle Ebern (Unterfranken) wieder angestellt.

**Bestandene Prüfungen.** In der städtischen Säuglingskrankenabteilung des Bürgerhospitals (staatlich anerkannte Säuglingspflegerinnenschule) in Saarbrücken unterzogen sich der staatlichen Prüfung für Säuglingspflegerinnen die Schwestern: Maria Caspar und Martha Kriegemeyer aus Saarbrücken und Margarethe Thine aus Bedingen (Saar). Sämtliche Prüflinge bestanden und erhielten damit das Zeugnis der staatlich anerkannten Säuglingspflegerin. — Frä. Gertrud Balzer, Tochter des Metzger Stadtbaumeisters, bestand in Trier das Abiturientenexamen. Frä. Balzer wird Medizin studieren.

**Das goldene Hochzeitjubiläum** feierten am 10. April die Eheleute Justizoberwachmeister G. Kunze und Emilie geb. Schmidt zu Saarbrücken 1.

**Verleihung.** Dem ehemaligen Feldwebel Wilhelm Buchbach vom früheren Badischen Jukartillerie-Regiment Nr. 14 wurde die Dienstausszeichnung 3. Klasse verliehen. Herr Buchbach ist zurzeit Buchhalter der Baufirma Emmerich in Neunkirchen.

### Verkehr.

**Neue Fernspreckverbindungen mit dem Saargebiet.** Die großen Mischstände, die sich im Fernspreckverkehr mit dem rechtsrheinischen Gebiet herausgebildet haben, veranlassen die Saarbrücker Handelskammer erneut zu nachdrücklichen Maßnahmen. Der Verkehr leidet insbesondere durch die Beschlagnahme vieler direkter Leitungen durch die Besatzungsbehörde. Zurzeit ist als Ergebnis der Maßnahmen der Handelskammer Saarbrücken zu verzeichnen, daß die Oberpostdirektion des Saargebiets eine Anzahl neuer Fernspreckleitungen unter Aufwendung erheblicher Mittel fertigstellte oder in Angriff nahm. Darunter befinden sich Leitungen Saarbrücken-Metz (zwei), Saarbrücken-Köln (zwei), Saarbrücken-Koblenz, Saarbrücken-Mannheim. Zur Herstellung weiterer Leitungen, darunter auch Saarbrücken-Düsseldorf, ist man mit der Oberpostdirektion Saarbrücken in Verbindung getreten. Es steht zu erwarten, daß die Inbetriebnahme der oben bezeichneten Leitungen eine fühlbare Verbesserung des Fernspreckverkehrs aus und mit dem Saargebiet zur Folge haben wird.

**Von der Eisenbahn.** Die nach dem neuen Fahrplan vorgeesehenen D-Züge Nr. 115 Saarbrücken-Dresden (Saarbrücken ab 11.35 vorm. nach Ludwigshafen) und Nr. 116 Dresden-Saarbrücken (Ludwigshafen-Saarbrücken an 5.26 Uhr nachm.) verkehren vorläufig noch nicht. Hierfür verkehrt der Eilzug Nr. 31 im Plane des D-Zuges. (Saarbrücken ab 11.35, Homburg, ab 12.23, Kaiserslautern ab 1.34, Ludwigshafen an 2.58 nachmittags.)

## Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

□ In Gladbeck hatten am Sonntag, den 19. März, die vereinigten Verbände (Saarverein, Heimattreuer Oberschlesier, Bund der Auslandsdeutschen sowie Hilfsbund der Rheinländer) eine Gedenkfeier der würdigen Abstimmung vor einem Jahre in Oberschlesien veranstaltet. Große Vorbereitungen waren zum Wohlgelingen dieses Gedenktages getroffen. Eine stattliche Kapelle, ein Sängerkhor sowie Redner aller beteiligten Verbände wirkten mit, um so noch einmal der Bevölkerung den heiligen und wichtigen Augenblick der Abstimmung in Oberschlesien vor Augen zu führen. Als Redner des Bundes „Saarverein“ war der Vorsitzende des Unterstützungsausschusses, Herr Karl Ommert-Berlin erschienen, der in kräftigen Worten darauf hinwies, daß wir die exponierte Lage unseres Saargebiets, das von so hohem Wert für unser gesamtes deutsches Vaterland sei, nicht vergessen dürfen. Er feierte die Vaterlandstreue der Oberschlesier und versicherte gleichzeitig, daß diese Treue im Saargebiet ebenso starke Wurzel habe und daß man sich unter allen Umständen auf die deutsche Gesinnung unserer Brüder und Schwestern im Saargebiet jederzeit verlassen könnte. Seine halbstündigen von innerer Ueberzeugung getragenen Ausführungen brachten ihm den brausenden Beifall aller Versammelten ein. Die Beteiligung der Behörden an dieser Veranstaltung war eine äußerst zahlreiche. Im Namen derselben ergriff der Oberbürgermeister von Gladbeck das Wort zu sehr interessanten und zum weiteren Zusammenhalten auffordernden Ausführungen. Aus der Versammlung heraus ging die Anregung, besonders von der Vertretung von Bottrop und von dem Vertreter der dortigen Ortsgruppe des Saarvereins, Herrn Kraus, daß eine solche Veranstaltung unbedingt auch in Bottrop in allernächster Zeit stattfinden müsse. Leider war es Herrn Ommert nicht möglich gewesen, zu der am Tage stattfindenden großen Kundgebung, die morgens um 9 Uhr in Bottrop stattfand, zu erscheinen. Der Weg von Basinghausen nach Bottrop konnte in so kurzer Zeit nicht zurückgelegt werden, da die Verbindung fehlte. Man möge aber schon daraus, das eine ansehnliche Deputation der Ortsgruppe Bottrop auf telephonischem Bescheid in Gladbeck erschienen war, ersehen, welche tiefe Wurzel das Interesse an der Deutscherhaltung unseres Saargebiets in den Kreisen der Ortsgruppe des Bundes Saarverein geschlagen haben.

§ Die Saar-Verein-Ortsgruppe Basinghausen veranstaltete am 18. März eine Gedenkfeier an die Abstimmung in Oberschlesien. Der festlich geschmückte Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, die Spitzen der Behörden unter Führung des Oberbürgergrats Bracht waren vollständig erschienen. Als Festredner war der aus dem Saargebiet ausgewiesene frühere Landtagsabgeordnete Karl Ommert-Berlin erschienen. Nach einer kurzen Ansprache, indem er auch die Grüße der Geschäftsstelle „Saarverein“ sowie die des Bundesvorstandes überbrachte, führte er den andächtig zuhörenden anwesenden Saarfreunden anhand eines wohl gelungenen Lichtbildervortrages die Schönheiten des Saargebiets vor Augen. Ganz wehmütige Erinnerungen für diejenigen, die die idyllischen Schönheiten des Saargebiets kennen, wurden durch die Lichtbilder wachgerufen. Der Lichtbildervortrag fand den ungeteilten Beifall der Festversammlung. Es darf nicht verschwiegen werden, daß der Vorstand der Ortsgruppe Basinghausen sich redlich bemüht hat, um das Interesse an das Saargebiet durch diesen Abend wachzuhalten. Flotte Musik sorgte für die weitere Unterhaltung. Das Fest verlief in der schönsten Harmonie und ohne jede Mißstimmung.

Die Frankfurter Vereinigung der Saarländer, die naturgemäße Vereinigung derer, die um ihr bedrohtes Heimatland bangen, hatte im Gegensatz zu anderen Städten in Frankfurt in letzter Zeit den inneren Zusammenhang verloren. In einer Mitgliederversammlung, die am 26. April stattfand, wurden die ersten Schritte zum Neuaufbau getan und ein provisorischer neuer Vorstand gewählt. Man hofft, daß in der in 14 Tagen stattfindenden Generalversammlung die vollständige Neukonstituierung des Vereins unter größerer Teilnahme erfolgen kann.

### Saar- und Pfalz-Verein, Ortsgruppe Leipzig des Bundes „Saar-Verein“

Allen Mitgliedern, Freunden und Bekannten teilen wir hierdurch mit, daß

#### unsere Mitgliederversammlungen

von jetzt ab regelmäßig jeden 2. Mittwoch im Monat im Burgkeller am Raschmarkt stattfinden

Außer den Mitgliedern sind Freunde und Bekannte jederzeit herzlich willkommen.

Der Vorstand.



# Einladung

zur

## 2. Tagung des Bundes „Saar-Verein“

am

6. und 7. Mai 1922 in Dortmund.

### A. Begrüßungsabend.

**Sonntag, den 6. Mai, abends 8 Uhr im Lindenhof am Burgtor.**

**Vortragsfolge:** I. Teil: 1. Musikstück. 2. Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Dortmund, Herrn Weisenstein. 3. Musikstück. 4. Saarlied von Högge (Sologesang). 5. Musikstück. 6. Saarlied von Redzch (Sologesang). 7. Musikstück. 8. Musikstück. 9. Kunst, Schönheit, Kraft (Muskelbeherrschung durch Willenskraft). 10. Gemeinschaftliches Saarländersied. II. Teil: 11. Musikstück. 12. Lebende Bilder (13 Lebend-Bronze-Plastiken). 13. Musikstück. 14. Das Herz am Rhein von Hill (Sologesang). 15. Musikstück. 16. Musikstück. 17. Musikstück. Die Musik wird ausgeführt von der Städtischen Jugendkapelle.

### B. Geschlossene Mitgliederversammlung. (Geschäftliche Sitzung.)

**Sonntag, den 7. Mai, vormittags 9 Uhr, im großen Saale des Lindenhof am Burgtor.**

**Vorsitz:** Stellv. Vorsitzender des Bundes, Studienrat Dr. Scholl, Essen a. d. R.

1. Eröffnung durch den stellv. Vorsitzenden.
2. Feststellung der vertretenen Ortsgruppen, der anwesenden Mitglieder usw.
3. Bericht über die Tätigkeit des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Jahre 1921. (Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin.)
4. Beschlußfassung über die vorliegenden Anträge und Anregungen.
  - a) Erweiterung des Vorstandes durch Zuwahl von 10 Beisitzern und dementsprechende Abänderung des ersten Satzes des § 7 der Satzungen.
  - b) Änderung und Neufassung des § 10 der Satzungen und Verwendung der Geldmittel und des Vermögens des Bundes. (Anträge a) und b) von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, sonstige Anträge sind spätestens bis 1. Mai bei der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ einzureichen. Sämtliche Anträge werden auf der Bundestagung bekanntgegeben.)
5. Ersatzwahl für den bisherigen Vorsitzenden, Kammergerichtsrat Dr. Zilleßen-Berlin, welcher mit Rücksicht auf seine dienstliche Inanspruchnahme sein Amt niedergelegt hat; Wahl eines stellv. Vorsitzenden und der neuen Beisitzer.
 

(Alle Ämter sind ehrenamtlich, so daß Reisekosten zur Teilnahme an den Vorstandssitzungen nicht vergütet werden, sondern von den einzelnen Personen oder von den Ortsgruppen zu tragen sind. Für die zur Erledigung wichtiger Geschäfte erforderlichen besonderen Reisen des Vorsitzenden bzw. seines Stellvertreters werden Reisekosten und Tagegelde gewährt.)
6. Wahl der Rechnungsprüfer für das Jahr 1922.
7. Vorlage und Genehmigung des Haushaltsplanes für 1922.
8. Bericht über die Ausgewiesenen- und Flüchtlingsfürsorge durch den Flüchtlings- und Unterstützungsausschuß. (Vorsitzender: Gewerkschaftsleiter R. Dömmert-Berlin.)
9. Besprechung der zukünftigen Aufgaben:
  - a) Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichsverband der Rheinländer.
  - b) Beratungs- und Aufsichtsausschuß der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Saar-Ausschuß usw.
  - c) Weiterer Ausbau der Presseabteilung und bessere geldliche Unterstützung der Halbmonatsschrift „Saar-Freund“.
  - d) Propagandatätigkeit durch Presse, Vorträge, Lichtbilder, Films und sonstige Veranstaltungen.
  - e) Unterstützung aller kulturellen Aufgaben, besonders der Bestrebungen des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“.
  - f) Mitarbeit der Ortsgruppen bei der Aufbringung der erforderlichen Geldmittel.
10. Bestimmung des Ortes und der Zeit für die Bundestagung 1923.
 

Anträge können schriftlich vorher oder mündlich während der Verhandlung gestellt werden.)

### C. Gemeinschaftliches einfaches Mittagessen um 2 Uhr nachmittags im kleinen Saal des Lindenhof am Burgtor.

(Das Essen — Suppe und Fleisch mit Kartoffeln und Gemüse — wird zu angemessenem Preise, der jetzt mit Rücksicht auf die fortwährend sich ändernden Preisverhältnisse noch nicht festgesetzt werden konnte, verabfolgt werden.)

### D. Öffentliche Versammlung

**große Kundgebung für das deutsche Saargebiet in Dortmund,**

**am Sonntag, den 7. Mai d. J., nachmittags 4 Uhr, im großen Saale des Turnvereins „Eintracht“ an der Predigerstraße.**

Nach dem Vortrage eines Prologes und eines Männergesanges findet die Eröffnung und Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden des Bundes „Saar-Verein“ statt.

Folgende Redner werden „Ueber das Saargebiet und seine Not“ sprechen:

- für die Zentrumspartei: Frh. Zielken (Saarländerin) in Dortmund.  
 „ Deutsche Volkspartei: Herr Generalsekretär Dr. Späthmann in Bochum.  
 „ Sozialdemokratische Partei: Herr Reichs- und Staats-Kommissar Mehlich-Dortmund.  
 „ Demokratische Partei: Herr Gewerkschaftsleiter Karl Dömmert-Berlin.  
 „ Deutschnationale Partei: Herr Landtagsabgeordneter Regierungsrat Bachem-Berlin.  
 „ deutsche Studentenschaft: Herr Wienkötter-Dortmund.

Predigerstraße ist am besten mit der Straßenbahnlinie 1 und 8, Haltestelle Hindenburgdamm, zu erreichen.

Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß infolge der außergewöhnlichen Eisenbahnfahrpreiserhöhung und bei der großen Zahl der jetzt bestehenden Ortsgruppen Reisekostenvergütung in diesem Jahre nicht gewährt werden kann. An die einzelnen Ortsgruppen richten wir aber die herzlichste und dringende Bitte, mit Rücksicht auf die Bedeutung, welche die Dortmunder Bundestagung für unsere liebe Saargebiet hat, in opferfreudiger Weise auf eigene Kosten mindestens je einen Vertreter, wenn möglich aber auch mehrere Vertreter entsenden zu wollen.

Mit treudeutschem Saargruß!

### Der Vorstand des Bundes „Saar-Verein“

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Scholl, Studienrat.

Geschäftsführer:

Th. Vogel, Verwaltungsdirektor.

Die Ortsgruppen und die körperschaftlichen Mitglieder, welche Vertreter entsenden, bitten wir aus bestimmten Gründen ganz ergebenst, doch gefl. dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß jeder einzelne Vertreter mit einem Ausweise versehen ist, für die erscheinenden Einzelmitglieder des Bundes genügt die ihnen übersandte Einladung als Ausweis. Nur mit Ausweisen versehene Personen werden zur Teilnahme an der geschäftlichen Sitzung zugelassen.

Für die Bundestagung wird ab Sonntag, den 6. Mai, 4 Uhr nachmittags, im Hotel Lindenhof ein Bureau eingerichtet zwecks Auskunftserteilung an Delegierte. Den angemeldeten Delegierten wird Mitteilung über die Unterbringung im Hotel oder in Privatunterkunft zugehen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. V. D. Jaensch, Charlottenburg.

Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag G. m. b. H., Berlin SW. 11.